Donnerstag, 1. September 1932
Nr. 197. Jahrg. 1932
Breslau

Preis 10 Pf.
Reichsausgabe

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Kampfrede Klara Zetkins

Das Gebot der Stunde: Einheitliche Klassenaktion des Proletariats!

Obwohl alle Welt sich darüber einig ist, daß den Verhandlungen des neu gewählten deutschen Reichstages keine entscheidende politische Bedeutung zukommt, hat man doch in der ganzen Oeffentlichkeit der Eröffnungssitzung dieses Parlamentes mit ganz besonderem Interesse entgegengesehen. Diese Spannung bezog sich gewiß in erster Linie auf die Frage, ob es ruhig oder stürmisch zugehen würde; aber hinter diesem mehr sensationellen Interesse stand doch auch ein politisches.

Nie in all den Jahren seit 1919 ist ein deutscher Reichstag so ruhig, so ohne jeden Zwischenfall eröffnet worden, nie ist die Wahl des Präsidiums so rasch und reibungslos vor sich gegangen, selten war eine so große Mehrheit für die ersten geschäftsordnungsmäßigen Abstimmungen vorhanden. Diese Ruhe, diese Disziplin und diese Mehrheitsbildung haben tiefgehende politische Ursachen. Die Sensation, daß der Reichstag ohne Sensationen eröffnet wurde, erklärt sich aus den politischen Absichten der Nationalsozialisten und des Zentrums.

So nahe der Machtergreifung glaubten sich die Nationalsozialisten — und nun müssen sie sehen, daß ihnen eine Regierung gegenübersteht, die für die politischen Ziele der NSDAP die größten Sympathien hat, aber gewillt ist, alles zu tun, um selbst an der Macht zu bleiben. Und diese Regierung, die im Parlament so wenig Unterstützung findet, ist gar nicht so kraftlos: sie kann sich stützen auf die entscheidenden, immer mehr konzentrierten wirtschaftlichen, militärischen und bürokratischen Machtmittel. Hinter der Regierung stehen die Kreise, die so viel dazu beigetragen haben, die Nationalsozialisten so stark werden zu lassen — aber nun den Nationalsozialisten selbst die Macht auszuliefern, nein, so war es nie gemeint. Aus dieser Situation ergibt sich der taktische Gegensatz zwischen der NSDAP einerseits und der Regierung samt den Deutschnationalen andererseits, aus dieser Situation werden sich möglicherweise auch stärkere Krisenerscheinungen innerhalb der NSDAP ergeben.

In ihrem Kampf um die Machtpositionen benutzt jetzt die nationalsozialistische Partei auch das Parlament und die Verfassung. Fast noch deutlicher als im Reichstage hat zur gleichen Stunde im preußischen Parlament der nationalsozialistische Fraktionsführer mit großem Nachdruck erklärt, seine Partei werde mit aller Kraft die verfassungsmäßigen Rechte der Parlamente verteidigen. Es ist ganz oberflächlich, in der Art der sozialdemokratischen Presse nur darüber zu spötteln, daß nun auch die Nationalsozialisten „Systempolitiker" geworden seien. Viel wichtiger ist es zu erkennen, wie geschickt die Nationalsozialisten die Verfassungsrechte nun für sich zu nutzen versuchen. Allerdings werden auch sie, nach der Lehre Ferdinand Lassalles erkennen müssen, daß Verfassungsfragen Machtfragen sind — und ob die größere Macht bei ihnen sein wird, bleibt vorläufig zweifelhaft.

Aus ganz anderen Gründen steht die Zentrumspartei gegen die jetzige Reichsregierung. Zentrum und katholische Kirche sehen in dieser Regierung einen Rückfall in die Zeiten der preußischen Junkerherrschaft, sehen nach langen Jahren katholischer Führung im Reich und in Preußen ein beängstigendes Vordringen der protestantischen Kräfte. Die parlamentarische Republik hat dem Zentrum und der katholischen Kirche, wie die führenden Zentrumspolitiker wiederholt anerkannt haben, eine Macht gegeben, wie sie sie unter der Hohenzollernmonarchie niemals besaßen. Darum, nur darum wehrt sich jetzt das Zentrum gegen die Rückkehr zu einem protestantisch geführten Absolutismus.

So ergeben sich parallele Interessen der Nationalsozialisten und des Zentrums in ihrer verschieden begründeten, aber taktisch gleichgerichteten Gegnerschaft gegen die Papenregierung. Das ist der Boden für die Regierungsgespräche, die sich in den letzten Wochen zwischen den beiden Parteien angebahnt haben; auf dieser Grundlage haben sich Zentrum und NSDAP über die Wahl des Reichstagspräsidiums verständigt, darum sind beide Parteien gegen Ausschaltung oder Auflösung des Reichstages, zumal sie von Neuwahlen wohl keine besonderen Erfolge erwarten könnten.

Diese Betrachtung zeigt uns, welche Gegensätze innerhalb der herrschenden Klasse und ihrer Hilfstruppen vorhanden sind. Um so niederschmetternder wirkt demgegenüber die Ohnmacht und Aktionsunfähigkeit der beiden großen Arbeiterparteien. Die SPD stellt immerhin noch die zweitstärkste Fraktion des Reichstages, und SPD und KPD zusammen sind ebenso stark wie die Nationalsozialisten. Trotzdem konzentriert sich alles Interesse der Oeffentlichkeit auf das, was NSDAP und Zentrum tun — niemand fragt nach den Absichten und Plänen der Arbeiterparteien und der freien Gewerkschaften.

Klara Zetkin hat gestern im Reichstage eine Rede gehalten, der wir in allen entscheidenden Punkten und vor allem in ihrem Bekenntnis zur proletarischen Einheitsfront durchaus beistimmen können. Aber um die jetzige Ohnmacht der Arbeiterbewegung zu überwinden, genügen nicht kluge und tapfere Worte, — dazu bedarf es der Taten, an denen es die KPD bisher genau so fehlen läßt wie die SPD. Unsere Aufgabe wird es sein, gerade angesichts dieser Situation und unter Berufung auf die Rede Klara Zetkins immer wieder den kommunistischen und den sozialdemokratischen Arbeitern vor Augen zu führen, daß keine Zeit mehr zu verlieren ist, daß vielmehr alle Anstrengungen gemacht werden müssen, um in außerparlamentarischen Massenaktionen der ganzen Arbeiterklasse die letzten Lebensmöglichkeiten des Proletariats zu verteidigen und aus der Verteidigungsstellung heraus zum Angriff vorzustoßen für die revolutionäre Ueberwindung des kapitalistischen Systems, für den Sieg des Sozialismus.

Ruhiger Reichstagsbeginn

Nazis und Zentrum in Einheitsfront — Erklärung gegen Auflösungspläne

Die Tribünen sind schon lange vor Beginn der Sitzung bis auf den letzten Platz besetzt. Die Deutschnationalen sind ihrem Fraktionsbeschluß gemäß zunächst der Sitzung ferngeblieben.

Um 3 Uhr wird Frau Klara Zetkin, die kommunistische Alterspräsidentin, von zwei weiblichen Fraktionsgenossen zum Präsidentensitz geleitet. Die Kommunisten rufen im Sprechchor: „Wir grüßen die antifaschistische rote Einheitsfront und unsere Genossin Klara Zetkin mit einem dreifachen Rotfront!"

Die übrigen Abgeordneten hören diese Kundgebung schweigend an. Frau Zetkin erklärt mit sichtlicher Anstrengung: Nach der Geschäftsordnung wird die erste Sitzung des Reichstages durch das älteste Mitglied eröffnet und geleitet. Nach den Feststellungen des Reichstagsbüros bin ich das älteste Mitglied. Ich bin am 5. Juli 1857 geboren. Wenn ein Mitglied älter sein sollte, bitte ich es, sich zu melden und meine Stelle einzunehmen. Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Sitzung und berufe zu Schriftführern die Abgeordneten Frau Lore Agnes (SPD), Abg. Rauch-München (Bayer. Volksp.), Abg. Schwarz-Frankfurt (Ztr.) und Torgler (KPD).

Nachdem die Schriftführer ihre Plätze eingenommen haben, hält die Alterspräsidentin Frau Zetkin folgende

Ansprache:

Der Reichstag tritt in einer Situation zusammen, in der die Krise des zusammenbrechenden Kapitalismus die breitesten werktätigen Massen Deutschlands mit einem Hagel furchtbarster Leiden überschüttet. Der weitere Abbau des Tarifrechtes und des Schlichtungswesens wird die Entbehrungslöhne noch tiefer senken. Die politische Macht hat zur Stunde in Deutschland ein Präsidialkabinett an sich gerissen, das unter Ausschaltung des Reichstages gebildet wurde, das der Handlanger des vertrusteten Monopolkapitals und des Großagrariertums und dessen treibende Kraft die Reichswehrgeneralität ist. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Trotz der Allmacht, über die diese Regierung verfügt, hat sie gegenüber den innen- und außenpolitischen Aufgaben gänzlich versagt. Sozial Hilfsbedürftige erblickt die Regierung nur in den verschuldeten Großagrariern, krachenden Industrieherren, Bankgewaltigen, Reedern und gewissenlosen Spekulanten und Schiebern. Ihre Außenpolitik wird geleitet von imperialistischen Gelüsten und bringt Deutschland in steigende Abhängigkeit von den Großmächten des Versailler Vertrages.

Schwerstens belastet ist das Schuldkonto des Präsidialkabinetts durch die Morde der letzten Wochen, für die es die volle Verantwortung trägt durch die Aufhebung des Uniformverbotes für die nationalsozialistischen Sturmabteilungen. Ehe der Reichstag Stellung nehmen kann zu Einzelaufgaben der Stunde, muß er seine zentrale Pflicht erkannt und erfüllt haben: Sturz der Reichsregierung, die den Reichstag durch Verfassungsbruch zu beseitigen versucht, Anklage des Reichspräsidenten und der Reichsminister wegen Verfassungsbruches. (Beifall bei den Kommunisten.) Der Sturz der Regierung muß das

Signal sein zum Aufmarsch und der vollen Machtentfaltung der Massen außerhalb des Parlaments, um zunächst vor allem den Faschismus niederzuzwingen.

Abgeordneter Torgler (Kom.) flüstert der Rednerin zu, sie möge ihre Rede abkürzen, sie sagt jedoch nein, und fährt fort: Belgien zeigt den Werktätigen, daß der Massenstreik eine Waffe sei, die auch in der Periode tiefster wirtschaftlicher Krise ihre Schneide bewahre. Die außerparlamentarische Machtentfaltung der Werktätigen müsse über das Augenblicksziel hinaus auf den Sturz des bürgerlichen Staates und der kapitalistischen Wirtschaft gerichtet sein. Die russische Revolution sei der weltgeschichtliche große Beweis, daß die

Auflösungsorder ist da

Nazi als „Verfassunghüter"

Das aus Regierungskreisen immer gut unterrichtete Conti-Nachrichten-Büro meldet:

Berlin, 30. August.

Die wichtigste Entscheidung des Tages ist nicht im Reichstag, sondern in Neudeck gefallen: der Reichspräsident hat dem Kanzler die Vollmacht zur Auflösung gegeben. In parlamentarischen Kreisen waren abends Gerüchte verbreitet, wonach diese Vollmacht angeblich in sehr eingeschränktem Umfange erteilt worden sei. Nach Informationen aus besserer Quelle können wir feststellen, daß diese Gerüchte falsch sind. Der Kanzler hat die Vollmacht; er wird von ihr Gebrauch machen, sobald der Reichstag der Durchführung des am Sonntag verkündeten Programms Schwierigkeiten bereitet.

Um der Auflösung zuvorzukommen und eine „ordnungsgemäße, verfassungsmäßige Regierungsmehrheit" herzustellen, haben bekanntlich die Nationalsozialisten sich die Reichstagseröffnung mit der glänzenden Kampfrede durch Clara Zetkin als Alterspräsidentin ruhig gefallen lassen, auf den angekündigten Radauterror verzichtet und die Präsidiumswahl schon am ersten Tage durchgeführt.

Das neue „marxistenreine" Präsidium hat einen sofortigen Besuch beim Reichspräsidenten angekündigt, um ihn von der Möglichkeit einer verfassungsmäßigen nationalen Regierung mit sicherer Parlamentsmehrheit zu überzeugen und so die Auflösung des Reichstages als nicht notwendig darzulegen.

Hindenburg hat sich aber offensichtlich schon endgültig auf die Diktatur der Papenregierung gegen das Parlament festgelegt und hat daher am Empfang des Reichstagspräsidiums „kein Interesse", denn das CNB weiß darüber zu melden:

„Es ist kaum anzunehmen, daß der Reichspräsident den Empfang, den das Reichstagspräsidium heute abend nachgesucht hat, überstürzen wird. Man rechnet sicher damit, daß er die Antwort geben wird, er sei ohnehin bald wieder in Berlin; er bitte deshalb, auf den Besuch zu verzichten und seine Rückkehr abzuwarten. Die Aktion, die heute von den Nationalsozialisten und dem Zentrum eingeleitet worden ist, wird dann erst beim Wiederzusammentritt des Reichstages fortgeführt werden können. Dabei ist man sich im Reichstag aber weitgehend darüber klar, daß die Reichsregierung mit der Auflösungsvollmacht in der Hand in diesem Kampfe die stärkere Kraft ist."

Es wird dazu noch mitgeteilt, daß die Auflösung, falls sie sich „notwendig mache", Mitte September erfolgen werde.

Hindenburgs Absage

Berlin, 31. August.

CNB. Reichspräsident von Hindenburg hat bereits auf das Telegramm des Reichstagspräsidenten Göring geantwortet, daß er im Laufe der nächsten Woche wieder in Berlin sein werde, und daß er den Besuch bis dahin aufzuschieben bitte.

Schaffenden die Kraft hätten, ihrer Feinde Herr zu werden, ihre Feinde niederzuwerfen und eine neue Wirtschaftsordnung aufzubauen.

Das Gebot der Stunde ist die Einheitsfront aller Werktätigen.

(Beifall bei den Kommunisten.) Vor dieser Notwendigkeit müßten alle trennenden politischen gewerkschaftlichen, religiösen und weltanschaulichen Anschauungen zurücktreten. Eine internationale Schicksalsgemeinschaft, so erklärt die Rednerin mit erhobener Stimme, müsse die ehern geschmiedete Kampfgemeinschaft der Werktätigen in allen Herrschaftsgebieten des Kapitalismus werden. Unter stürmischem Beifall der Kommunisten schließt die Alterspräsidentin ihre mehr als einstündigen Ausführungen mit der Hoffnung, trotz ihrer jetzigen Invalidität noch die Freude zu erleben, als Alterspräsidentin den ersten Rätekongreß Sowjet-Deutschland zu eröffnen.

Die übrigen Abgeordneten enthielten sich jeder Kundgebung. Frau Zetkin merkte man deutlich die große Anstrengung an, die ihr das Sprechen machte. Sie war zwar deutlich verständlich, sprach aber langsam, mit immer größer werdenden Pausen und mußte häufig das Taschentuch zum Munde führen. Nach dem Schluß der Rede lehnte sich Frau Zetkin erschöpft zurück. Die Kommunisten brachen in lautes Beifallsklatschen aus, in das einige Tribünenbesucher einstimmten.

Dann folgte der Namenaufruf der Abgeordneten und nun erst kamen die Deutschnationalen in den Saal.

Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit des Hauses — es sind 578 Abgeordnete anwesend — beantragt Abg. Rädel (KPD) die sofortige Haftentlassung des am Sonnabend in Stuttgart verhafteten kommunistischen Abgeordneten Knatter. Abg. Frick (NSDAP) erklärt, seine Freunde würden diesem Antrage nicht widersprechen. Er beantrage die Haftentlassung des Abgeordneten Moder, Schleswig-Holstein (NSDAP). Beide Anträge werden einstimmig angenommen.

Die Alterspräsidentin Frau Zetkin setzt nunmehr

die Wahl des Präsidiums

auf die Tagesordnung.

Abg. Frick (NSDAP) schlägt zum Reichstagspräsidenten den Abgeordneten Goering (NSDAP) vor. Abg. Rädel (KPD) schlägt den Abgeordneten Torgler (KPD) vor. Er verliest dazu eine Erklärung seiner Fraktion, daß sie im Falle einer Nichtwahl Torglers für den sozialdemokratischen Präsidentschaftskandidaten stimmen werde, ohne damit ihren Kampf gegen die Sozialdemokratie einstellen zu wollen. Das Zentrum trage die Verantwortung für die Wahl eines nationalsozialistischen Reichstagspräsidenten.

Abg. Dittmann (SPD) erklärt kurz, daß die Sozialdemokraten für den bisherigen Präsidenten Paul Löbe stimmen würden.

Darauf wird die Wahl des Reichstagspräsidenten durch Abgabe der Stimmkarten vorgenommen. Die Präsidentenwahl hat das Ergebnis, daß 367 Stimmen für den Abgeordneten Goering (NSDAP), 135 Stimmen für den Abgeordneten Löbe (SPD), 80 Stimmen für den Abgeordneten Torgler (KPD) abgegeben worden sind. Eine Stimme zielt auf den Abgeordneten Stöhr (NSDAP).

Zum Reichstagspräsidenten ist also der Abgeordnete Goering (NSDAP) mit absoluter Mehrheit gewählt worden. Die Nationalsozialisten begrüßen das Wahlergebnis mit lautem Beifallsklatschen und mit Heil-Rufen. Abgeordneter Goering nahm die Wahl an.

Nachdem Abg. Goering sich zur Annahme der Wahl bereit erklärt hat, erklärt die Alterspräsidentin Frau Zetkin: Damit ist meine Pflicht als Alterspräsidentin erfüllt und der gewählte Präsident muß seines Amtes walten.

Ein Nationalsozialist ruft: „Frau Zetkin, das gibts nur einmal, das kommt nicht wieder!" Unter lauten Heilrufen der Nationalsozialisten

nimmt der neugewählte Reichstagspräsident Goering den Präsidentensitz mit dem Hitlergruß ein,

der von seiner Fraktion erwidert wird. Er erklärt: Durch die Mehrheit als Vertreter der stärksten Fraktion zum Reichstagspräsidenten gewählt, danke ich für das Vertrauen und verspreche, mein Amt unparteilich und gerecht und nach der bestehenden Geschäftsordnung auszuüben. (Beifall bei den Nationalsozialisten.) Ich werde für die Ordnung und Würde dieses Hauses Sorge tragen, ich lasse aber keinen Zweifel daran daß ich ebensowenig die Würde und die Ehre des deutschen Volkes antasten lassen werde. Auch die Ehre der Geschichte des deutschen Volkes wird in mir einen berufenen Hüter finden. (Beifall und Heilrufe bei den Nationalsozialisten.)

Der Präsident beruft dann vier weitere Schriftführer zur Unterstützung der weiteren Wahlhandlung. Er bittet um Vorschläge für den ersten Vizepräsidenten.

Abg. Dr. Frick (NSDAP) schlägt den Abg. Esser (Ztr.) vor. Abg. Torgler (KPD) ruft: „Das sind die ersten Früchte der neuen Koalition!"

Von den Sozialdemokraten wird Abg. Löbe (SPD), von den Kommunisten Abg. Torgler vorgeschlagen.

Von den abgegebenen 568 Stimmen fallen auf den Abgeordneten Esser (Ztr.) 276, auf den Abg. Löbe (SPD) 214 und auf den Abg. Torgler (KPD) 77 Stimmen. Ein Stimme erhält Frau Zetkin.

Die absolute Mehrheit ist also für den Abg. Esser nicht erreicht und es findet Stichwahl statt zwischen dem Abg. Esser und Löbe. Die Stichwahl ergibt die Wahl des Abg. Esser (Ztr.) mit 364 Stimmen gegen 138 Stimmen, die für den Abgeordneten Löbe (SPD) abgegeben worden sind. Die 78 kommunistischen Stimmen für den Abgeordneten Torgler waren bei der Stichwahl ungültig. Abg. Esser nimmt die Wahl an.

Als zweiter Vizepräsident wird von den Deutschnationalen der Abg. Graef-Thüringen (Dtn.) vorgeschlagen.

Es erhalten Abg. Graef-Thüringen (Dtn.) 335 Stimmen, Abg. Löbe 139 und Abg. Torgler 78 Stimmen. Abg. Graef ist also mit Mehrheit gewählt; er nimmt die Wahl an.

Für den Posten des dritten Vizepräsidenten werden vorgeschlagen: Von der Bayrischen Volkspartei Abg. Rauch-München, von den Sozialdemokraten Abg. Löbe, von den Kommunisten Abg. Torgler. Gewählt wird Abg. Rauch-München (Bayerische Volkspartei) mit 350 Stimmen, während Abg. Löbe 124 Stimmen, Abg. Torgler (Kommunist) 76 Stimmen und Abg. Dr. Dingeldey (DVP) eine Stimme erhalten haben.

Es folgt dann die Wahl der Schriftführer. Die Auszählung des Wahlresultates soll erst morgen erfolgen.

Präsident Göring verliest dann die Namen der Vertreter der Fraktionen im Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung und im Auswärtigen Ausschuß. Er erklärt weiter, daß sämtliche weiteren Ausschüsse sich schon morgen konstituieren werden. Er fährt dann fort: Ich bitte um die Ermächtigung, dem Herrn Reichspräsidenten in einem Telegramm die Bitte auszusprechen, das Präsidium des Reichstages nicht, wie es die Form vorschreibt, gelegentlich zu empfangen, sondern

unverzüglich zum Vortrage zu empfangen.

In letzter Zeit häufen sich die Nachrichten über eine beabsichtigte Ausschaltung des Reichstages. Er solle angeblich über keine arbeitsfähige Mehrheit verfügen. Das deutsche Volk und das Ausland wird durch solche Nachrichten mehr und mehr beunruhigt. Als Präsident des deutschen Reichstages weise ich derartige unverantwortliche Gerüchte zurück. Ich bin davon überzeugt, daß der Herr Reichspräsident nur gemäß der von ihm an dieser Stelle beschworenen Verfassung handeln wird. (Lachen links.) Ich stelle vor dem ganzen deutschen Volke ausdrücklich fest, daß die heutige Sitzung so wie vor allem die Wahl des Präsidiums eindeutig erwiesen hat, daß der neue Reichstag über eine

große, arbeitsfähige, nationale Mehrheit

verfügt und somit in keiner Weise der Tatbestand eines staatsrechtlichen Notstandes gegeben ist.

Der Präsident bittet um die Ermächtigung, den Termin der nächsten Sitzung selbst zu bestimmen.

Die Abgeordneten Torgler (Komm.) und Dittmann (SPD) beantragen dagegen, morgen eine Sitzung abzuhalten und über die Mißtrauensanträge gegen des Kabinett abzustimmen.

Diese Anträge werden abgelehnt, der Vorschlag des Präsidenten wird angenommen.

Präsident Göring gedenkt zum Schluß der Toten der „Niobe". Die Abgeordneten ehren ihr Gedächtnis durch Erheben von den Sitzen.

Nach 8.30 Uhr schließt der Präsident die Sitzung. Ein Sozialdemokrat ruft schnarrend: „Wegtreten" (Heiterkeit.)

Die Nazis als Verfassungsfreunde

Die Beratungen im preußischen Landtag – Fast einmütig gegen Papen und Bracht – Auch hier Zentrum und Nazis in Einheitsfront

In der gleichen Stunde, in der der Reichstag seine Eröffnungssitzung abhielt, trat auch der Preußische Landtag wieder einmal zu einer Sitzung zusammen. Die früheren preußischen Minister hatten sich, mit Ausnahme des Ministerpräsidenten Otto Braun, auf ihren Abgeordnetenplätzen eingefunden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der frühere preußische Wohlfahrtsminister, Zentrumsabgeordneter Hirtsiefer, eine längere Erklärung im Namen der abgesetzten Minister zu den Vorgängen vom 20. Juli ab. Aus der Erklärung, die sich im wesentlichen in staatsrechtlichen Ausführungen erging, ist hervorzuheben, daß nach Hirtsiefers Mitteilung die Amtsenthebung von Braun und Severing zu einem Zeitpunkt erfolgte, als die Notverordnung über die Einsetzung des Reichskommissars

überhaupt noch nicht verkündet

war. Die Regierung Papen hat also nicht einmal der Form nach die rechtlichen Voraussetzungen gewahrt — ein Verhalten, das übrigens in der gewaltsamen Entfernung der Regierung Zeigner im Jahre 1923 bereits ein getreues Vorbild besitzt. Die weiteren Erklärungen Hirtsiefers enthielten den bereits bekannten Standpunkt der abgesetzten preußischen Regierung.

Sodann gibt Landtagspräsident Kerrl eine Erklärung ab, in der er Verwahrung einlegt gegen die ihm vom Reichskommissar bekanntgegebene Auffassung, daß die kommissarische Regierung im Landtage nicht verantwortlich sei und vor ihm nicht zu erscheinen habe.

Für die sozialdemokratische Fraktion begründet der Abgeordnete Jürgensen einen Antrag seiner Fraktion auf Aufhebung der Verordnung über die Einsetzung eines Reichskommissars und Amtsenthebung der kommissarischen Regierung. Der Redner nennt die Einsetzung des Reichskommissars in Preußen einen Staatsstreich, den der nationalsozialistische Landtagspräsident Kerrl angeregt und Herr von Papen durchgeführt habe. Unter der Tätigkeit Papens und Brachts hätten

Terrorakte und politische Bluttaten immer mehr zugenommen,

obwohl der Reichskommissar auch mit der Begründung eingesetzt worden sei, daß Ordnung und Sicherheit in Preußen gefährdet seien.

Für die Kommunisten beantragte Abgeordneter Koenen Rückgängigmachung aller Maßnahmen des Reichskommissars. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Lauscher erklärt ebenfalls die Einsetzung des Reichskommissars für verfassungswidrig. Das Zentrum lehne auch die durch Notverordnung verfügte Verwaltungsreform ab. Das Zentrum werde dafür sorgen, daß sobald wie möglich wieder verfassungsmäßige Zustände in Preußen hergestellt werden, damit man der illegalen Diktatur die Zähne zeigen könne.

Der nationalsozialistische Fraktionsführer Kube betont, daß seine Partei den Kampf um die politische Willensbildung der Nation nicht geführt habe, um einer anonymen Clique politischer Hasardeure zur Verfügung zu stehen. Daß unter den Augen der Regierung und unter Bezugnahme auf eine sehr hohe Stelle in Neudeck mit dem Staatsstreich gedroht werden könne, zeige, wessen Herr Dr. Bracht und die hinter ihm stehenden Kreise fähig seien.

Die NSDAP wird, was an ihr liegt, dazu beitragen, eine verfassungsmäßige Regierung in Preußen zustande zu bringen!

Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Hamburger polemisiert gegen die Nationalsozialisten, die nun auch „Systempolitiker" geworden seien. Abgeordneter Schwenk (KPD) bezeichnet die Entrüstung der Vorredner über die Staatsstreichpolitik des Herrn von Papen als Komödie. Hinter all diesen Maßnahmen stehe doch in Wirklichkeit Herr von Hindenburg.

Bei den

Abstimmungen

wird mit den Stimmen aller Fraktionen gegen die Deutschnationalen und bei Stimmenthaltung des Volksdienstes ein nationalsozialistischer Antrag angenommen, wonach der Landtag dem Reichskommissar von Papen seine Mißbilligung ausspricht. Die Nationalsozialisten rufen den Deutschnationalen zu: „Nieder mit der Reaktion!" Annahme findet weiter mit gleicher Mehrheit ein sozialdemokratischer Antrag auf Aufhebung der Notverordnung über die Einsetzung des Reichskommissars und auf beschleunigte Herbeiführung der Entscheidung des Staatsgerichtshofes. Entsprechende kommunistische Anträge werden gleichfalls angenommen. Sie fordern außerdem Rückgängigmachung aller Maßnahmen der kommissarischen Regierung. Der Teil des kommunistischen Antrages, wonach kein Beamter oder Angestellter verpflichtet sein soll, den auf Grund der Verordnung erlassenen Dienstanweisungen nachzukommen, wird angenommen mit den Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten. Abgelehnt gegen Kommunisten und Sozialdemokraten wird ein kommunistischer Antrag, dem Landtagspräsidenten Kerrl das allerschärfste Mißtrauen auszusprechen, weil er die Einsetzung eines Reichskommissars erwirkt habe. Dagegen wird gegen Zentrum und Deutschnationale ein weiterer kommunistischer Antrag angenommen, der sich gegen die Verbote öffentlicher politischer Versammlungen u. Demonstrationen wendet. Mit den Stimmen der Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten findet ein kommunistischer Antrag Annahme, der das Staatsministerium ersucht, alle bestehenden Zeitungsverbote sofort aufzuheben.

Vizepräsident Dr. von Kries schlägt hierauf vor, die nächste Sitzung am Mittwoch, den 21. September stattfinden zu lassen und den Präsidenten zu ermächtigen, die Tagesordnung festzusetzen.

Als Abg. Koenen (KPD) erklärt, Zentrum und Nationalsozialisten wollten sich auf diese Weise noch Zeit zum weiteren Aushandeln der Ministersitze lassen, wird aus der Mitte gerufen: Darüber sind wir uns ja schon einig.

Der Aufstand in Ecuador

Blutige Kämpfe

New York, 29. August.

WTB. „Associated Press" meldet aus Guayaquil, daß regierungstreue Truppen im Kampf gegen die Aufständischen, die 6 km südlich von Quito gelegene Stadt Magdalena eingenommen haben. Die Regierungstruppen setzten sodann von zwei Richtungen zum Sturm auf Quito an. Nach einer amtlichen Mitteilung der Regierung sollen die in Quito eingeschlossenen Aufständischen zu Verhandlungen bereit sein.

Ernste Lage in Quito

Guayaquil, 30. August.

WTB. In Quito herrscht ein vollkommenes Durcheinander. In den Straßen, in denen die Leichen umherliegen, wird ununterbrochen geschossen. Die Aufständischen, die unter dem Kommando von Mosines stehen, feuern von den Kirchen herab, in die sie sich geflüchtet haben. Angesichts des wütenden Widerstandes der Rebellen hat der Kriegsminister telegraphisch alle verfügbaren Truppen zum Einsatz auf Quito angefordert.

Guayaquil, 30. August.

WTB. Die Hauptstadt Quito, die, wie bereits gemeldet, von den Aufständischen geräumt worden war, befindet sich jetzt wieder in den Händen der Regierungstruppen.

Kriegsdrohungen Japans

Tokio, 30. August.

WTB. Auf eine Anfrage im Unterhause über das Mandschureiproblem erklärte Utschida, er hoffe, daß sich die Frage in einem für Japan günstigen Sinne entwickeln werde. Andernfalls, so betonte er, wäre die Regierung entschlossen, zu äußersten Mitteln zu greifen.

Im japanischen Parlament tobt sich der kriegerische Imperialismus aus. Es wurde die Frage des Ausbaues von Port Arthur zu einem starken Kriegshafen behandelt. Ebenso werden ganz offen neue Kriegshandlungen in der Mandschurei, der Mongolei und im nordchinesischen Bezirk Jehol angekündigt.

Gegen Faschismus und imperialistische Kriegsgefahr

Die Schlußberatungen in Amsterdam

Amsterdam, 29. August.

CNB. Nachdem die heutige Sitzung des Weltkongresses gegen den Krieg, Reden von Otto Lehmann-Rußbueld (Berlin), General von Schönaich und eines Freundes des früheren Reichswehrleutnants Scheringer gebracht hatte, öffneten sich plötzlich die Türen des Verhandlungssaales und ein italienischer Matrose, dessen Gesicht mit einem Tuch verhüllt war, wurde zum Rednerpult geleitet. Stürmisch begrüßt hielt der Mann eine leidenschaftliche Ansprache gegen den Faschismus in Italien und in den anderen Ländern; sogleich nach seiner Rede wurde er wieder hinausgeleitet, um zu verhindern, daß er erkannt und Verfolgungen durch die italienische Regierung ausgesetzt werde.

In das zu gründende Komitee der direkten internationalen Zusammenarbeit gegen den Krieg, das seinen Sitz in Paris haben wird, sollen für Deutschland Prof. Einstein, Heinrich Mann, Klara Zetkin, W. Münzenberg, Helene Stöcker, für Frankreich Henry Barbusse, Roman Rolland, Marcel Cachim, Frau Duchesne, für England Bridgeman, für Amerika Dreyser, Prof. Dana und Sherwood Anderson gewählt werden. Außerdem werden für ein Frauenkomitee u. a. die dänische Dichterin Karin Michaelis und die Irin Elenor Despard vorgeschlagen.

Außer einer Reihe von Entschließungen, die heute eingebracht wurden, nahm der Kongreß nach einer Erklärung des indischen Delegierten Patel, der die Befreiung des indischen Volkes „aus der Knechtschaft des britischen Imperialismus" als das Hauptziel seiner Freunde bezeichnete, sich aber im übrigen mit gewissen Vorbehalten zu der gestern gemeldeten Resolution bekannte, mit 2100 gegen 6 Stimmen das Friedensmanifest an. Henry Barbusses Schlußwort unterstrich die Proklamationen des Manifestes.

Der „Vorwärts" verboten

Berlin, 30. August.

WTB. Der „Vorwärts" einschließlich seiner Abendausgabe „Der Abend" ist auf die Dauer von drei Tagen verboten worden. Das Verbot erfolgte, weil in der Abendausgabe vom 29. August eine Abhandlung enthalten ist, die das Programm des Reichskanzlers als das Programm des Verfassungsbruches bezeichnet. Diese Charakterisierung, die keinerlei tatsächliche Unterlagen hat, stellt eine grobe Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung des Reichskanzlers dar.

Blutige Zusammenstöße

Rostock, 30. August.

Zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten kam es nachts in Verchen am Commerower See. Als Waffen wurden Beile, Messer und Knüppel benutzt. Der SA-Führer Vogler aus Verchen wurde durch Beilhiebe am Kopf und an beiden Schultern verwundet, gleichfalls der SA-Mann Kreutz durch Schläge auf den Kopf und auf die Oberarme. Auch der Reichsbannerführer Vierk aus Verchen trug schwere Verletzungen davon. Bereits am Nachmittag war es zu einer Schlägerei zwischen einem Reichsbannermitglied und einem Nationalsozialisten gekommen.

Vor der Einweihung des Gerhart Hauptmann-Theaters

Die Theater-Geschichte Breslaus notiert ein neues Ereignis. Der Umbau des Thalia-Theaters ist vollendet. Das umgebaute Thalia-Theater wird in wenigen Tagen der Oeffentlichkeit übergeben werden. Damit ist ein langgehegter Wunsch der theaterinteressierten Arbeiterschaft erfüllt, damit ist vor allem den Bemühungen und Opfern der Breslauer Volksbühne ein wohlverdienter Erfolg beschieden. Denn dieser Umbau bedeutet bei den vorhandenen Mitteln und unter den bisherigen Theaterverhältnissen Breslaus einen unvergleichlich großen, erfreulichen Schritt nach vorwärts.

Besieht man die Fassade des nunmehrigen Gerhart-Hauptmann-Theaters, scheint sich allerdings nicht viel geändert zu haben. Die sichere Hand des Architekten, dem die finanziellen und baulichen Beschränkungen keine leichte Aufgabe stellten, verrät sich hier nur durch die radikale Beseitigung des reichen, früher vorhandenen Aufputzes und durch die energische Betonung der horizontalen Bänder. Eine völlige Neugestaltung hat erst der Innenraum erfahren. An Stelle der Halle empfängt uns jetzt nämlich ein geräumiges Foyer, ein Rundgang und ein moderner Erfrischungsraum. Die Garderoben sind ausreichend erweitert worden. Betritt man den Zuschauerraum, zeigt sich uns ferner die Neuartigkeit der Raumdimensionen. Hier ist mit geschickter Hand und mustergültiger Verwendung der modernen-sachlichen Architektur der nackten Konstruktionsform, durch eine sichere Linienführung und gedämpfte Farbgebung ein wirklich ansprechendes, intimes Kleinkunsttheater geschaffen worden. Der Zuschauerraum bildet eine durch Kurven betonte, herzförmige Raumeinheit. Die Unterstreichung der konstruktiven Gegebenheiten durch Linien und Farben ist von dem früher am Weimarer Bauhaus tätigen Architekten Lange überall bis zur größten Geschlossenheit durchgeführt worden. Neu ist die Einbeziehung der Bühne in die Raumeinheit, wenngleich man bedauern muß, daß ein Bühnenumbau mit Seiten- und Hinterbühne aus Raummangel und finanziellen Gründen noch nicht vorgenommen werden konnte. Das interessanteste dürfte jedoch das Wegnehmen der früheren Säulen sein, deren störender Charakter jedem Besucher des alten Theaters noch in unliebsamster Erinnerung steht. Die unschönen und die Sicht außerordentlich behindernden Säulen sind jetzt völlig verschwunden. Da sie aber die unentbehrliche Kuppel stützten, hat man sich zu einer bemerkenswerten Lösung entschlossen. Man hat ein Traggerüst konstruiert, das auf besonderen Fundamenten ruhend, die Kuppel von oben hält. Es ist interessant zu hören, daß diese Kuppel jetzt völlig neue musikalische Klangwirkungen hervorrufen kann. Nicht weniger bedeutsam dürfte der Einbau der Filmkamera sein. Daß der prunklose, aber ansprechende und gediegene Raum auch im einzelnen zahlreiche Verbesserungen aufweist, versteht sich von selbst. So ist es wichtig, daß jetzt tatsächlich von allen Plätzen aus eine gute Sicht möglich ist. Das hat zwar zur Einsparung von Plätzen geführt — waren vor dem Umbau 1300, so zählt man jetzt nur noch 1018 Plätze — aber der Gewinn dieser Neuregelung ist doch unvergleichlich größer. Das Gestühl ist jetzt völlig erneuert, die kalte Atmosphäre des früheren Theaters einer wohltuenden Wärme gewichen. Die Stehgalerie ist in Gassen eingeteilt, sodaß störende Zusammenballungen von Menschen künftig unmöglich sind. Für die Schauspieler ist durch zweckmäßige Umkleideräume einem schreienden Uebelstand abgeholfen worden.

Die Breslauer Volksbühne hat mit diesem Umbau gezeigt, was mit entschlossener Tatkraft und unter Ausnutzung ihrer Energien zu leisten möglich ist. Wenn die Fortführung des Breslauer Theaterlebens jetzt unter gänzlich veränderten, verbesserten Verhältnissen möglich ist, so wollen wir jedoch nicht vergessen, daß diese neuen Möglichkeiten gerade im Kampf gegen die faschistische Bühnenorganisation geschaffen worden sind. Die Verhandlungen der nationalsozialistischen deutschen Bühne mit dem Intendanten Barnay sind auf diese Weise sogar zu einem erheblichen Teil mit zum Scheitern gebracht worden.

Aber die Volksbühne wird ihre Schlagkraft nur halten und steigern können, wenn sie dieselbe Tatkraft, dieselbe Entschiedenheit nunmehr auch auf dem Felde der Spielplan-Gestaltung entwickelt.

Hier aber hat die Volksbühne bisher und besonders in den letzten Wochen unseres Erachtens nach völlig versagt. Man führt den Kampf gegen den faschistischen Gegner nicht durch lahme Erklärungen, mit denen man den Faschismus an Deutschheit und nationalistischer Phrase überbieten will. Wir werden daher in Zukunft grade um diesen Kampf mit Erfolg zu unterstützen und weiterzuführen, mit allem Nachdruck für eine entschiedenere Spielplangestaltung eintreten, die nicht nur den Interessen der theaterinteressierten Arbeiterschaft entspricht, sondern auch weitere Kreise der Arbeiterschaft als bisher für den ideologischen Kampf gegen das faschistische Theater mobilisiert. E. K.

SA-Mann prügelt Polizei — erhält 120 Mk. Strafe

Ein unglaublich mildes Urteil gegen einen SA-Mann — Wann hört der Unfug mit den Nazi-Zeugen auf?

Breslau, 31. August.

Ein SA-Mann in voller Uniform steht vor Gericht. Nicht etwa vor dem Sondergericht, dort haben sich nur Proleten zu verantworten, sondern vor dem ordentlichen Gericht, obgleich er zwei Polizeibeamte „tätlich angegriffen" hatte.

Es handelte sich um den Aushilfsarbeiter des Schlachthofes, Freitag, der eines schönen Tages, zu Beginn dieses Jahres, die Gartenstraße heruntergefahren kam. Da eine Pedale seines Rades abgebrochen war, benutzte er die andere und kam so schlecht und recht und ziemlich schwankend, den Verkehr behindernd, langsam vorwärts.

Einem Polizeibeamten fiel das auf und er stellte Freitag. Sofort sammelte sich eine größere Menschenmasse an, an die der Mann „vom echten teutschen Schrot und Korn" sofort die Aufforderung richtete ihm „behilflich" zu sein. Ein Beamter, der auf der anderen Seite der Gartenstraße stand, schritt nun ebenfalls ein. Es wurde notwendig, Freitag zu fesseln. Der nicht faul, sprengte die Kette und griff beide Beamte tätlich an. Erst als ein dritter Beamter hinzugezogen wurde, konnte Freitag unter Anwendung von Gewalt zur Wache gebracht werden.

Zeugen marschieren auf, typische nationalsozialistische Zeugen. Sie beten ihre Aussagen, die sich alle aufs Haar gleichen, herunter. Sie behaupten, daß die Polizeibeamten, Freitag wegen einer „Kleinigkeit" geradezu „tierisch mißhandelt" hätten.

Demgegenüber standen drei Aussagen von Staatsbeamten, drei Aussagen von Polizeibeamten, die einstimmig bekundeten, von dem Angeklagten wirklich schwer bedroht und verletzt worden zu sein. Was ein Attest eines Arztes bewies.

Nazizeugenaussagen scheinen aber ein größeres Gewicht als das von Polizeibeamten vor der deutschen Justiz zu haben, denn das Gericht erkannte nur auf „öffentliche Beleidigung mit Körperverletzung" und verurteilte den Angeklagten zu der lächerlichen Strafe von 120 Mark.

Die Breslauer Arbeiterschaft protestiert auf das Schärfste gegen ein solches Urteil, das eindeutig das Klassengesicht der Justiz hervorkehrt.

Nur wenige Tage sind vergangen, als man vor dem Sondergericht wegen eines ähnlichen Deliktes drei unserer SAP-Genossen zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilte — allerdings handelte es sich hier auch um Proleten!

Schreckensurteil des Gleiwitzer Sondergerichts

3 Jahre Zuchthaus für einen Proleten

In Schlesien sind wieder neue Terrorurteile gefällt worden. Das WTB meldet aus Gleiwitz unter dem 30. August:

„Vor dem Gleiwitzer Sondergericht wurde heute gegen den Expedienten Paul Gniolczyk, die Arbeiter Georg Kornke, Alfred Garus und Karl Noglik sowie den Schlepper Franz Zajonz verhandelt, die des Aufruhrs, und zwar der Rädelsführerschaft in Tateinheit mit gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung angeklagt waren. Zajonz hatte sich außerdem wegen Waffenmißbrauchs zu verantworten. Die Angeklagten, die aus Hindenburg stammen, hatten sich am 14. Juni d. J. im Anschluß an Erwerbslosenunruhen nach einem Gasthaus in Hindenburg begeben und dort einen Stahlhelmmann das Parteiabzeichen abgerissen. Zwei Polizeibeamte, die die Personalien feststellen wollten, wurden im Lokal von etwa 30 Personen umringt und angegriffen. Gegen die Beamten wurde mit Biergläsern, Stöcken und Holzbänken vorgegangen. Eine Polizeiverstärkung konnte die bereits in Bedrängnis geratenen Polizisten befreien. Vor dem Lokal hatten sich in der Zwischenzeit etwa 500 Personen angesammelt, die ebenfalls gegen die Beamten eine drohende Haltung einnahmen und sie mit Pflastersteinen bewarfen. Dabei wurde ein Polizeibeamter erheblich verletzt. Erst als die Polizei Schreckschüsse abgab, ging die Menge auseinander, und es konnten einige Verhaftungen erfolgen. Der Staatsanwalt beantragte hohe Zuchthausstrafen. Es wurden verurteilt: Gniolczyk zu drei Jahren Zuchthaus, Kornke zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus, Garus zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis und Zajonz zu einem Jahr zwei Monaten Gefängnis."

Ein Arbeiter reißt einem Stahlhelmmann das Parteiabzeichen ab (Nazis tun das in Breslau fast täglich oder versuchen es wenigstens!), die Polizei schreitet ein, andere Klassengenossen stehen dem Arbeiter bei und es kommt zu Zusammenstößen mit der Polizei. Nun wird dieser Arbeiter — nur weil ihm Klassengenossen beistanden — „des Aufruhrs" und „der Rädelsführerschaft" angeklagt. Zwei sehr komplizierte und undurchsichtige Begriffe der deutschen Klassenjustiz, die schon manchem Proleten zum Verhängnis geworden sind.

Die Arbeiterschaft protestiert auf das Schärfste gegen dieses neue Klassenurteil!

Und noch ein Urteil gegen links

Das WTB meldet aus Hirschberg unter dem 30. August:

„Das Hirschberger Sondergericht verurteilte die Reichsbannerangehörigen Geschäftsführer S. und den Arbeiter K. zu je drei Monaten sowie den Fleischer K. zu zwei Wochen Gefängnis. Die drei Angeklagten hatten am Tage der Reichspräsidentenwahl sich bei einer Schlägerei mit Nationalsozialisten der Körperverletzung schuldig gemacht."

Wenn die Geduld reißt

(Nachstehende Zeilen können wegen Raummangel leider erst heute gebracht werden).

Unter der Ueberschrift „Erwerbslose werden gewalttätig" bringt die bürgerliche „Neue Breslauer Zeitung" eine Nachricht des Wolffschen Telegraphenbüros:

„Montag vormittag erschien in einer Abteilung des Wohlfahrtsamtes am Lessingplatz der Bauarbeiter Georg B. und behauptete, daß seine Unterstützung zu Unrecht gekürzt worden sei. Er schlug ohne Grund auf den Beamten des Wohlfahrtsamtes ein. Dieser führte ihn mit Gewalt aus dem Büro. Vor diesem hatte sich aus diesem Anlaß eine Ansammlung von 30 bis 40 Personen gebildet, die von der Polizei ohne Gewaltanwendung zerstreut wurde. — Eine halbe Stunde später ereignete sich im gleichen Büro ein weiterer Zwischenfall. Der Arbeiter Albert F. forderte sofortige Zahlung der Unterstützung für seine Ehefrau und sein Kind. Auf Erklärungen des die Sache bearbeitenden Angestellten war er nicht zugänglich. Er schlug auf den Angestellten des Wohlfahrtsamtes ein und verletzte ihn im Gesicht. F. wurde gewaltsam aus dem Büro entfernt."

Es gehört schon die unglaubliche Gedankenlosigkeit eines bürgerlichen Redakteurs dazu, um eine solche Ueberschrift zu fabrizieren. Wir glauben es dem Herrn gern, daß er nicht weiß, was Erwerbslosigkeit, was das tägliche zermürbende Warten auf der Block- und Stempelstelle, was der nagende Hunger bedeutet.

Daß hin und wieder einem Erwerbslosen, einem Wohlfahrtsempfänger die Geduld reißt, ist nur zu leicht verständlich. Ja, es zeugt direkt von einer unglaublichen Passivität und einer unglaublichen Widerstandslosigkeit gegen die immer sich breiter machende Verelendung, daß die Aermsten der Armen alle Abstriche, allen Unterstützungsraub mit einer solchen Ruhe — wie es bisher geschehen — hinnehmen.

Insbesonders: wenn man immer wieder das bürokratische Benehmen und schroffe Auftreten einzelner Wohlfahrtsbeamter beobachten kann.

Der Arbeiterschaft muß ein solcher Zwischenfall aber — der, wenn er von einem einzelnen ausgeht, naturgemäß wirkungslos verpuffen muß — Anlaß geben zur Bewußtweckung, der proletarische Ausweg kann nur der einzige Ausweg aus dem Chaos der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sein.

*

Aus der Provinz, wo die Not der Erwerbslosen in den kleineren Städten, in den kleineren Gemeinden, teilweise nicht mehr zu beschreiben ist, kommen Meldungen über Selbsthilfemaßnahmen der Arbeiterschaft, die die bürgerliche Presse mit dem Titel von „Terrorakten" belegt.

So haben in Alt-Schalkowitz die Erwerbslosen die Herausgabe der Gemeindekasse erzwungen.

Aus Oppeln wird unter dem 30. August gemeldet:

Aehnlich wie in Alt-Schalkowitz hat sich auch in Klein-Döbern ein Terrorakt durch Erwerbslose abgespielt. Ein Trupp dieser Leute holte den Gemeindevorsteher aus der Wohnung heraus und zwang ihn unter ständiger Bedrohung mit dem Tode, mit ihm per Rad nach Oppeln zum Arbeitsamt zu fahren, um dort eine Erhöhung der Unterstützungssätze zu erwirken. Natürlich wurde er beim Arbeitsamt abgewiesen, weil das Verlangen gesetzlich unzulässig war. Um weiteren Gewaltakten der Erwerbslosen zu entgehen, hat der Gemeindevorsteher sofort sein Amt niedergelegt.

Tollere Blasen kann ein Redakteurgehirn eines Nachrichtenbüros nicht treiben. Diese Meldung besagt also mit anderen Worten, daß das Verlangen nach Erhöhung der Unterstützungssätze „gesetzlich unzulässig" sei.

Von der Stimmungsmache gegen die Erwerbslosen, die angeblich den Gemeindevorsteher mit „dem Tode bedroht" hätten bis zu dem berüchtigten Satz des Schmierfinken Gruschwitz, „die Arbeitslosen müßten mit Maschinengewehren niedergeschossen werden", ist der Weg nicht weit.

Auf zahlreiche Anfragen unserer Leser teilen wir mit, daß die proletarische Kulturgemeinschaft eine Besichtigung der Ausstellung „Gesunde Frau — Gesundes Volk" unter ärztlicher Führung vorbereitet. Wir werden den Tag der Besichtigung unseren Lesern rechtzeitig bekanntgeben.

7 Monate Gefängnis für ein Stückchen Seife

Wehklagen in der bürgerlichen Presse! Wehklagen bei den Kaufhausbesitzern! In letzter Zeit nehmen die Diebstähle in den Beuthener Warenhäusern „einen erschreckenden Umfang" an. Und das wundert noch die Herren! Hunderte von Erwerbslosen müssen täglich in den Warenhäusern an den auf „Hülle und Fülle" deutenden Warenstapeln vorbei.

Zu Hause nichts zu essen, die Kinder jammern vor Hunger. Die kargen Bettelpfennige der Wohlfahrtsämter reichen für Seife und sonstige Bedarfsartikel schon lange nicht mehr hin. Ist da ein Diebstahl verwunderlich?

Mit Stolz meldet nun ein Bericht, daß es am 16. Februar d. J. einem Polizeibeamten in Zivil, der zur Überwachung der „Ehape" in Beuthen abkommandiert war, endlich gelungen sei, in der „Ehefrau Marie Zolaso aus Beuthen einen guten Fang" zu machen. (Jägerjargon und Jargon des Fahndungsdienstes decken sich — „einen Fang machen"!)

Die Frau ist Mutter von sieben Kindern und in einer wirtschaftlich mehr als schwierigen Situation. Sie war überführt, ein Stück Kernseife „gestohlen" zu haben. Sie stand nun vor Gericht. Ihr Unglück, daß sie wegen ähnlicher Diebstähle bereits vorbestraft war. Der Staatsanwalt beantragte eine geradezu unglaublich hohe Strafe, nämlich Zuchthaus von einem Jahr, weil „derartige Diebinnen eine Gefahr für die Allgemeinheit darstellten". (Im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft klingt eine solche Phrase absonderlich und wenig glaubhaft!)

Endresultat: die Angeklagte wurde zu einer Gefängnisstrafe von 7 Monaten verurteilt. 7 Monate der Freiheit beraubt wegen eines Stückchens Seife! Kann man da von Recht — das Wort Gerechtigkeit darf man überhaupt nicht erwähnen — sprechen?

Zu Hunger verurteilt

Wieder Entlassungen auf der Abwehrgrube

Mikultschütz, 30. August.

Die Verwaltung der Abwehrgrube hat den vor vierzehn Tagen angekündigten Massenabbau von Arbeitern und Angestellten zur Tat werden lassen. Auf Grund der den Betroffenen zugegangenen Schreiben haben 260 Mann am 14. September die letzte Schicht zu verfahren. Nach den gepflogenen Verhandlungen mit dem Arbeiterrat ist der Abbau auf Absatzmangel zurückzuführen. Fast 200 000 Tonnen Staub- und Kleinkohlen liegen auf der Halde. Die Betreuung der Erwerbslosen wird der Gemeinde Mikultschütz große Schwierigkeiten bereiten.

*

Entlassen, stempeln gehen! Das bedeutet heute hungern und immer wieder hungern!

Wir besitzen die besten Branntwein- und Getreidekornmarken in Breslau!

Fache-Branntwein-Marken:

Feiner Breslauer vollwertig durch Verwendung von Roggenkorn . . . . 25% Ltr.-Fl. 1.40
Feiner alter Breslauer der altberühmte Breslauer mit Getreidekorn 29% Ltr.-Fl. 1.50
Fache Edelmarke mild aromatisch durch Destillat und Roggenkorn . . . . 29% Ltr.-Fl. 1.70
Fache Krem rassig, gehaltvoll durch Weizenkorn 32% Ltr.-Fl. 1.90
Fache Exquisit pikant, mit durchdringendem Getreidegeschmack . . . . . 38% Ltr.-Fl. 2.30

Preise ohne Flasche

Fache-Getreidekorn-Marken:

Fache Weizenkorn der berühmte alte Breslauer Korn unser Stolz . 32% Ltr.-Fl. 2.20
Fache Roggenkorn die Elite-Qualität . . 32% Ltr.-Fl. 2.20
Fache Getreidekorn unsere Standardmarke, etwas ganz Auserlesen, 32% Ltr.-Fl. 2.60
Jagdkorn (Doppelkorn), vollaromatisch, rassig, ebenbürtig den führenden Marken des Kontinents. 42% 0,8 Ltr.-Original-Steinkrug 2.50

Die Erläuterung, warum wir die besten Branntwein- und Getreidekornmarken in Breslau besitzen, bringen wir am Donnerstag, den 8. September 1932

in allen Breslauer Tageszeitungen.

Spinale Kinderlähmung

Wieder Schulschließung Fälle mehren sich im Waldenburger Hungerland – Kennzeichen der Krankheit

Waldenburg, 30. August.

Im Ortsteil Tannhausen wurde auf Anordnung des Kreisarztes die Schule auf 14 Tage geschlossen, da auch hier der Verdacht spinaler Kinderlähmung besteht.

•

Aus dem Waldenburger Hungerland treffen immer mehr und mehr Nachrichten über das Auftreten einer bisher recht geheimnisvollen Krankheit, der spinalen Kinderlähmung, ein. Es handelt sich hier um eine Krankheit, deren Ursprung und deren Ursachen bisher noch nicht näher bestimmt werden konnten. Da aber gerade das Waldenburger Gebiet eines der ausgesprochenen Hungergebiete Deutschlands ist, da durch die Unterernährung breiter Volksschichten Waldenburgs die Körper der Kinder dieser Krankheit nicht den genügenden Widerstand entgegenzusetzen scheinen, läßt sich wohl ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Krankheit und der Unterernährung vermuten.

Die spinale Kinderlähmung, oder mit ihrem wissenschaftlichen Namen richtiger gekennzeichnete akute Poliomyelitis anterior, ist aller Wahrscheinlichkeit nach eine Infektionskrankheit, die zu entzündlichen Veränderungen bestimmter Gebiete des Rückenmarks führt. Die Erkrankung befällt mit Vorliebe das frühe Kindesalter, zwischen dem ersten und fünften Lebensjahr; am häufigsten ist von der Erkrankung das zweite Lebensjahr betroffen. Aus dieser Eigenart heraus hat die Krankheit auch den Namen spinale Kinderlähmung bekommen.

In selteneren Fällen findet sich die Krankheit auch im erwachsenen Alter. Die von der Krankheit einmal befallen gewesenen Personen sind gegen eine Wiederholung im allgemeinen gefeit. Die Erkrankung selbst kann übertragen werden durch den Rachenschleim oder auch den Darminhalt von Kranken.

Die Erkrankung beginnt plötzlich mit Fieber, das häufig sehr stürmisch einsetzt, nicht selten 40 Grad und mehr erreicht. Es bestehen Kopf- und Rückenschmerzen, zu denen in der Regel Erbrechen, Benommenheit, Zuckungen und Krämpfe treten. Diese Krankheitserscheinungen währen mitunter tagelang. Dann zeigen sich plötzlich Lähmungen mehr oder minder ausgedehnter Muskelgruppen. Ein Teil dieser Lähmungserscheinungen pflegt wieder zurückzugehen. Eine solche Besserung bestehender Lähmungen kann auch bis zu einem Jahr, von Beginn der Erkrankung ab, eintreten.

Die Lähmungen, die sich aber über einen solchen Zeitpunkt hinaus halten, bleiben dann für das ganze Leben bestehen, und sie stellen gerade die schrecklichste Eigenschaft dieser Erkrankung dar.

Im allgemeinen geht eine solche Kinderlähmung, bezüglich der Erhaltung des Lebens des Erkrankten, meist gut aus. Aber die durch die entzündlichen Vorgänge in den Vorderhörnern des Rückenmarks eingetretenen Zerstörungen sind bisweilen nicht mehr rückgängig zu machen. Durch diese Lähmungen werden die Bewegungsnerven getroffen und damit die Bewegungsmöglichkeiten einzelner Muskelgruppen ausgeschaltet. Die gelähmten Muskeln fühlen sich schlaff an. Die von der anfänglichen Lähmung befallenen Arme und Beine bleiben später im Wachstum zurück.

Dies führt zu dem eigenartigen Bild unregelmäßiger Körperproportionen, das man später bei Erwachsenen findet, die eine spinale Kinderlähmung überstanden haben.

Betriebsunfall

Breslau, 30. August.

Der 54jährige Maschinenführer Fritz Kolotschke in Tuchderau, Kreis Ohlau, verunglückte vor einigen Tagen bei der Reparatur einer Dreschmaschine, die noch nicht zum Stillstand gekommen war. Er zog sich eine Verletzung am linken Handrücken zu. K. befand sich bereits auf dem Wege der Besserung, als sich erneut ein Krankheitsherd bildete und eine Blutvergiftung entstand. Er wurde am 27. August dem Kloster der Barmherzigen Brüder zugeführt, wo er am 29. August verstarb.

Wegen einer Thermosflasche und ein Pfd. Butter

Breslau, 29. August.

Am Sonntag gegen 3 Uhr nachts stand der, Adlerstraße wohnhafte, Kraftwagenführer K. mit seinem Kraftwagen in der Weißen Ohle. In seiner Begleitung befand sich sein Bruder. Plötzlich erschienen etwa 10 junge Männer und verlangten nach der Gellhornstraße gefahren zu werden. Als die Fahrt abgelehnt wurde, schlugen die Unbekannten auf den Kraftwagenführer ein, verletzten ihn im Gesicht und brachten ihm eine klaffende Wunde über dem rechten Arm bei. Einige Täter entrissen ihm die Aktentasche, aus der sie eine Thermosflasche und ein Pfund Butter entwendeten. Der Ueberfallene konnte im Handgemenge die Aktentasche wieder zurückerlangen. Der in der Tasche noch vorhandene Barbetrag von 80 Rmk. wurde von den Tätern nicht gefunden bzw. übersehen. Die unbekannten Burschen flüchteten. Die Ermittlungen bewegen sich bereits in einer bestimmten Richtung.

Triebwagen gegen Kraftwagen

Breslau, 29. August.

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Breslau teilt mit: Am 28. August, 17.18 Uhr, durchfuhr ein Personenkraftwagen aus Richtung Landeshut auf der Kreuzung der Kunststraße mit der Bahnstrecke zwischen Liebau und Blasdorf die geschlossene Schranke und wurde vom Triebwagen 837 erfaßt. Der Führer und einzige Insasse des Kraftwagens, Adolf F. aus Breslau, wurde schwer verletzt. Er ist inzwischen verstorben. Der Kraftwagen wurde zertrümmert, der Triebwagen leicht beschädigt. Warnkreuze und Kraftwagenwarnzeichen sind vorhanden. Die Sicht ist gut.

Ferngasversorgung Beuthen-Hindenburg

Gleiwitz, 30. August.

In geheimer Sitzung genehmigte die Stadtverordnetenversammlung einen Vertrag, der die seit Jahren geführten Verhandlungen über einen Anschluß der Stadt Gleiwitz an die gemeinsame Ferngasversorgung von Beuthen und Hindenburg zu einem Abschluß bringt. Die Gasversorgung erfolgt zum Teil aus dem Hindenburger städtischen Gaswerk, das durch die Verbandsgaswerk Beuthen-Hindenburg G. m. b. H. gepachtet wurde, und in erheblich größerem Maße durch die Kokereien der Preußischen Bergwerks- und Hüttenwerk A.-G. und der Kokswerke A.-G. Das Gaswerk der Stadt Gleiwitz bleibt weiter im Betrieb. An die Ferngasleitung werden vorerst die Gleiwitzer Reichsbahnwerkstätten und die noch im Bau befindliche Landesfrauenklinik der Provinz Oberschlesien in Gleiwitz angeschlossen.

Ertrunken . . .

Breslau. Der 53jährige Heizer Franz B. wurde unweit des Wappenhofes als Leiche aus der Oder gezogen. B. war beim Baden in der Oder ertrunken. Die Leiche wurde dem gerichtsärztlichen Institut zugeführt.

•

Breslau. Am Sonntag ist ein Mann in der Oder, unweit der Rosenthaler Brücke, beim Baden ertrunken. Die Oder wurde durch die Feuerwehr ohne Erfolg abgesucht. Die Person des Ertrunkenen konnte bisher nicht ermittelt werden.

•

Waldenburg. Im Postteich in Polsnitz ertrank der 11jährige Schüler Grobitzky. Trotzdem der Teich zum Baden nicht freigegeben ist, hatte G. sich gegen den Willen seiner Mutter ins Wasser begeben. Die Leiche des Knaben konnte erst am nächsten Tage geborgen werden. Infolge des kalten Wassers ist er wahrscheinlich einem Schlaganfall zum Opfer gefallen.

•

Hirschberg. In den Giersdorfer Teichen ist die Arbeiterehefrau Troche aus Bad Warmbrunn beim Baden ertrunken.

„Und wenn er von was sagt, so sei's – ist er auch sicher, daß er's weiß?"

fragt Wilh. Busch. Wenn gesagt wird, dieser Kaffee ist unschädlich, dann prüfe man stets, ob er coffeinfrei ist. Der Bestandteil, der den Schlaf stören, auf Herz und Nerven schädlich einwirken kann, ist einzig das Coffein. Darum ist der coffeinfreie Kaffee Hag wirklich vollkommen unschädlich.

Am Donnerstag, den 22. September, findet um 20 Uhr in der Monistischen Gemeinde, Grünstraße, die

Elternmitgliederversammlung

der Arbeitsgemeinschaft der Arbeiter-Kinderfreunde statt.

Tagesordnung: 1. Erfolg- und Erfahrungsbericht aus der Kinderrepublik. 2. Erfolg- und Erfahrungsbericht von dem Heim Stabelwitz. 3. Erfolg- und Erfahrungsbericht von der örtlichen Ferienarbeit. 4. Aussprache. 5. Die Aufgaben des Winters.

Alle Eltern werden bestimmt in der Versammlung erwartet. Die grüne Mitgliedskarte ist als Ausweis mitzubringen. Freundschaft! Die Ortsgruppenleitung.

Ein Fest für die Kinder ist es,

wenn Kaba auf den Tisch kommt. Dies schokoladenähnliche Getränk wird einfach mit ⅓ Milch, ⅓ Wasser heiß aufgebrüht. Kaba ist nahrhaft, aber nicht stopfend. Kaba fördert die Knochen- und Zahnbildung und hat die gleichen Nährsalze wie Muttermilch. Können Sie Ihren Kindern Zuträglicheres geben? Für 30 und 60 Pfg. Kaba überall zu haben.

Kleine Sportnachrichten

Fußball-Verhandlungs-Ausschuß

Ladung am 5. September 32

20 Uhr: Schiedsr. Koppatscheck Nr. 31, dazu Otto Scholz, Paß Nr. 113 299, von Alt Bergel. Gen. W. Berger, Paß Nr. 005 600, und R. Richter, Paß Nr. 622 565, Sakrau.

20.45 Uhr: Schiedsr. MünsterNr. 67, dazu Spielführer Strehlen vom Spiel 14. 8. 32 und Spielführer Zimmer, Erich, SilKick.

21.00: Schiedsr. Schirdewahn Nr. 145, dazu Spielführer Gen. Wuttke Rot-Weiß vom Spiel am 14. 8. 32.

21.30 Uhr: Schiedsr. Gen. Streibel Nr. 110, dazu Spielführer von Lanisch, Gen. Paul Barwisch, Paß Nr. 771 581, und Spielführer von Gr. Nädlitz, Gen. K. Reifschneider, Paß Nr. 036 264.

22.00: Ewald Appelt, Kawallen, dazu Schiedsr. Gen. Müller Nr. 104.

22.15 Uhr: Vereinsvertreter Sturm und Gen. Paul Halter, dazu Gen. Stempniowitz und Bezirksvertreter.

22.30 Uhr: Schiedsr. Gen. Nieder, dazu Gen. Schwuttke Schlesien.

22.45 Uhr: Schiedsr. Gen. Marschall Nr. 56, dazu Gen. Liebenau Paul, Paß Nr. 732 478, von 1930.

Als Beisitzer erscheinen die Gen. Grieger und Lukas.

ASV Wratislawia. Die ausgetretenen Mitglieder haben sofort Pässe und Vereinsmaterial dem Vereinsvorstand abzuliefern, andernfalls strafrechtliche Verfolgung wegen Unterschlagung eintritt.

ASV Stern. Freitag, 2. 9., 9.20 Uhr, Vollversammlung.

Alemannia-Rensern. Freitag, 2. 9., 20 Uhr, Vollversammlung bei Seul. Da wichtige Tagesordnung (Gründung einer Sportlerinnen-Abteilung) müssen sämtliche Mitglieder erscheinen.

Freie Schwimmer Breslau E. V., Abt. West: Donnerstag, 1. 9., 20 Uhr, Funktionärversammlung bei Spiller, Alsenstr. 57.

Freie Sportvereinigung Blau-Gelb 1938: Freitag, 2. 9., Vollversammlung bei Kluge, Kl. Groschengasse 40. Vereinseigentum ist mitzubringen.

KAFFEE HAG

der coffeinfreie Bohnenkaffee

zu haben bei:

W. Krieger

Steinstraße 91 Telefon 80639
Kolonialwaren u. Delikatessen

Wohin?

Zehnjahresfeier der Volksbühne. Des zehnjährigen Bestehens der im September 1922 gegründeten Breslauer Volksbühne soll in einer schlichten Feier gedacht werden, die am Sonntag den 11. September, als Matinee im Gerhart Hauptmann-Theater stattfinden soll. Eintrittskarten zum Einheitspreis von 50 Pfg. in der Geschäftsstelle der Volksbühne Schweidnitzer Straße 8a.

Ausstellung „Gesunde Frau — Gesundes Volk". Im Marmorsaal der Jahrhunderthalle spricht heute, Mittwoch, nachm. 6 Uhr, Dr. Franz Wiener über das Thema: „Erste Hilfe bei Unfällen im Haushalt". Dieser Vortrag ist nicht allein für die Hausfrauen, sondern vor allen Dingen für die Hausangestellten bestimmt. Die täglichen Unfälle im Haushalt, wie leichte Verbrennungen und Verbrühungen, Schnittwunden, Beschädigungen durch Ausgleiten, schlechte Gasschläuche und dergl. erfordern sofortige Maßnahmen, noch ehe der Arzt eintrifft. Was hier das Einfachste und Notwendigste ist, wird in diesem Vortrage gesagt werden.

Organisations-Nachrichten

SJV Sekretariat Kl. Holzstr. 5. Sprechstunden Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 18—20 Uhr

Ortsgruppe Brieg: Mittwoch, 31. 8., Mitgliederversammlung. Gen. Tomas, Breslau, spricht über: „Das Aktionsprogramm des SJV in der Praxis". Beginn 20 Uhr. Die Funktionäre kommen schon um 18.30 Uhr zusammen.

Freidenkerjugend, Gr. West: Heut, 20 Uhr, bringen wir im Heim Friedrich-Wilhelm-Str. 45 proletarische Schallplatten. Gäste willkommen!

Freidenkerjugend Breslau, Gr. Süd-Ost: Heut, 19.30 Uhr, im Heim Tauentzienstr. 82, veranstalten wir einen Abend zum Andenken an Sacco und Vanzetti. Aus dem Programm: Film, Referat, Vorlesungen, Musik, Rezitationen. Gäste willkommen.

Gewerkschaftsnachrichten

Deutscher Metallarbeiterverband

Achtung! Metallarbeiter! Im Monat September wird eine allgemeine Buchkontrolle durchgeführt. Jedes Mitgliedsbuch muß eingezogen werden, damit die Beitragsleistung in die Kartothek übertragen werden kann. Wir ersuchen die Kollegen, den Hauskassierern die Mitgliedsbücher auf Verlangen auszuhändigen. Die Ortsverwaltung.

STADTTHEATER

Eröffnung d. Spielzeit 1932/33

Donnerstag 20 — gegen 23 Uhr Abonn.-Vorst. D 1
In vollständig. Neuinszenierung
Der Freischütz

Freitag, 20 — gegen 22.45 Uhr Abonn.-Vorst. C 1
In vollständig. Neuinszenierung
Der Opernball

Sonnabend, 20 — gegen 23 Uhr Abonn.-Vorst. G 1
Macbeth

LOBETHEATER

Sonnabend, 1. Sept. 20.15 (u. tgl.)
Zum 1. Male!
Die Journalisten
Lustspiel von Gustav Freytag

Eröffnungs-Vorstellung des Gerhart-Hauptmann-Theaters

Sonnabend, 3. Sept. 19.30 (u. tgl. 20.15)
in Anwesenheit des Dichters
Zum 1. Male!
Und Pippa tanzt
Glashüttenmärchen von Gerhart Hauptmann

Oskar Laqua
Andersenstraße 31
Kolonialwaren
und
KABA
das nichtstopfende, wohlschmeckende Familien-Getränk

Jetzt billiger:
Das Paket 30 u. 60 Pfg.

Berlin

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: E 7 Weichsel 3422
Donnerstag, 1. Sept. 8.30 Uhr
Herzdame
—
Gartenbühne
Donnerstag, 1. Sept. 5.30 Uhr
Konzert und Varieté
6.15 Uhr
Frühlingsluft

Verantwortlich: Paul Hannach, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung" Breslau. Lohndruck: Th. Schatzky AG Breslau Neue Graupenstr. 7.

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3. I Treppe. Telephon 206 02.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM 2,10 zuzüglich RM. 1,30 Porto monatlich.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unsere: Tarifes.

Expedition: Breslau Kleine Holzstraße 3. I Treppe. Telephon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau. Konto Nr. 102 92.

Britische Rüstungen in Indien

Zum Kapitel „Indische Verteidigung" schreibt Lord Meston in der „Encyclopaedia Britannica" (1926), die indische Armee hätte drei Aufgaben zu erfüllen: 1. Indien gegen einen etwaigen Angriff einer fremden Macht zu beschützen; 2. die innere Ordnung aufrecht zu erhalten; 3. die Nordwestprovinz-Fragen zu lösen.

Im Sinne der obigen drei Aufgaben führt der britische Imperialismus seine Kriegsvorbereitungen in Indien in drei Teilen durch. Die Küsten dienen zum „Schutz gegen fremde Angriffe" und sind verhältnismäßig schwach besetzt. Ihre ganze Verteidigung basiert auf den Schiffsgeschützen der britischen Schlachtflotte, die in Singapore einen neuen, außerordentlich starken Stützpunkt erhalten hat. Gestützt auf Singapore ist der Aktionsradius der britischen Seestreitkräfte im Fernen Osten groß genug, um auch Indiens Küsten wirksam verteidigen zu können. Zur Lösung der zweiten Aufgabe, unter der die Aufrechterhaltung der britischen Gewaltherrschaft und die Niederschlagung der indischen Revolution zu verstehen ist, werden die Industriestädte mit Truppen und starken Polizeikräften besetzt, die Panzerwagen, Maschinengewehre und Gaswaffen erhalten. Um die vorhandenen militärischen Kräfte möglichst restlos gegen den äußeren Feind einsetzen zu können, wird an der quantitativen und qualitativen Verstärkung der Polizei unablässig gearbeitet.

Als wichtigste strategische Aufgabe der britischen Imperialisten in Indien bleibt die Frage der Nordwestgrenze bestehen, d. h. die Frage der Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion. Hier sind denn auch die stärksten und modernsten Waffen der indischen Armee konzentriert. Unter besonderer Berücksichtigung der lokalen Bedingungen (Gebirge, große Entfernungen, mangelhafte Verkehrsbedingungen) wird die Mechanisierung der Armee forciert. Die Beweglichkeit der indischen Armee mit Hilfe vn Lastkraftwagen, Panzerwagen und großen Flugzeugen ist heut bereits weit fortgeschritten, wobei dem gleichzeitigen Ausbau strategischer Eisenbahnlinien und Wege, der Anlage von Festungen und Forts unverminderte Aufmerksamkeit gewidmet ist.

Nach der Reorganisation vom Jahre 1921 setzt sich die indische Armee zusammen aus den regulären englischen und den regulären indischen Truppen, der indischen Armeereserve, der indischen Territorialarmee, der sogenannten Hilfstruppen und den Truppen der indischen Fürsten. Ihre Gesamtstärke dürfte sich auf fast 500 000 Mann belaufen.

Die regulären englischen Truppen in Indien sind ein Teil des Heimatheeres. Sie ergänzen sich aus diesen und werden in regelmäßigen Zeitabständen abgelöst. Ihre Stärke beträgt zur Zeit rund 60 000 Mann. Auch die Hilfstruppe in Stärke vn fast 40 000 Mann setzt sich nur aus Engländern zusammen, die in Indien ansässig sind. In diesen beiden Formationen sind indische Elemente überhaupt nicht zu finden.

Die regulären indischen Truppen haben eine Stärke von rund 150 000 Mann, wobei die technischen Formationen und führenden Kader stark mit englischem Personal durchsetzt sind. Die reguläre indische Armee ist eine Söldnertruppe nach dem Vorbild des englischen Heeres mit einer Gesamtdienstzeit von 15 Jahren, von denen 5 Jahre aktiv und 10 Jahre in der fast 200 000 Mann starken Armeereserve abzudienen sind. Diese Truppen sind auch zum Dienst außerhalb Indiens bestimmt, vor allem zur Niederschlagung revolutionärer Rebellionen im britischen Kolonialreich. Die 20 000 Mann der indischen Fürsten werden von diesen selbst unterhalten, stehen jedoch unter starken englischem Einfluß.

Entgegen den Versprechungen der britischen Imperialisten, die indische Armee zum Dank für ihre Mitarbeit im Weltkrieg zu „indisieren", ist die indische Armee nach wie vor ein festes Machtinstrument der britischen Kolonialräuber geblieben. Die indischen Rekruten werden grundsätzlich nicht am Rekrutierungsort verwendet, sondern unter Ausnutzung der nationalen, religiösen und sozialen Gegensätze in andern Gegenden stationiert. Von den technischen Truppen, der schweren und mittleren Artillerie sowie den Luftstreitkräften werden die indischen Soldaten nach Möglichkeit ferngehalten. Nur Infanterie, Kavallerie und Pioniere besitzen indische Formationen. Die modernen Waffengattungen bleiben völlig in englischen Händen. Dagegen befindet sich nicht nur beim Stab, sondern auch bei den Truppenkörpern britische Offiziere, selbst bei den „rein indischen Formationen". Die indischen Offiziere sind größtenteils Angehörige loyaler und sehr reicher Eltern. Um sie noch enger an die britischen Interessen zu fesseln, werden sie häufig nach der königlichen Militär-Akademie in Sandhurst geschickt.

An der Spitze des indischen Heeres steht ein aktiver englischer General, der zugleich Mitglied des indischen Staatsrates ist und als beratendes Organ einen Heeresrat zur Seite hat. Ihm unterstehen das Hauptquartier in Delhi, dessen Zusammensetzung derjenige des englischen Kriegsamtes entspricht, sowie schließlich auch die britischen Luftstreitkräfte in Indien, die aus 200 Flugzeugen bestehen, und die indische Marine.

Indien ist in 6 Militärbezirke eingeteilt, an dessen Spitze jeweils ein höherer englischer Offizier steht. Mit Ausnahme der Kommandeure von zwei Kavallerie-Regimentern, fünf Infanterie-Bataillonen und einem Pionier-Bataillon sind alle höheren Kommandostellen der Armee von Engländern besetzt. Im Kriegsfalle gliedert sich die indische Armee in die Deckungstruppen an der Grenze, deren Stärke auf 48 Infanterie-Bataillone, 6 Kavallerie-Regimenter und 16 Batterien festgesetzt ist, in die Feldarmee mit einer voraussichtlichen Stärke von 4 Divisionen und 5 Kavallerie-Brigaden und die Truppen gegen innere Unruhen, deren Stärke auf 49 Infanterie-Bataillone mit Artillerie, 8 Kavallerie-Regimenter und Hilfstruppen besteht.

Die Ausgaben für die indische Armee sind gegenüber denen der Vorkriegszeit erheblich gestiegen. Vor dem Kriege erforderte die indische Armee einen durchschnittlichen Jahresaufwand von 30 Millionen Pfund Sterling. Im Jahre 1926 belief sich das Heeresbudget auf fast 70 Millionen Pfund Sterling, um sich in den letzten Jahren zwischen 55 und 60 Millionen Pfund Sterling jährlich zu bewegen. Ueber die Hälfte des Gesamtbudgets Indiens werden Jahr für Jahr für Kriegsrüstungen verpulvert!

Die Modernisierung der indischen Armee kann als fortgeschrittener als die der englischen Armee bezeichnet werden. Während z. B. die englischen Bataillone in Europa nur zwei Tanks besitzen, verfügen die indischen Bataillone über vier Tanks. Ueber die Tätigkeit der „Spezialtruppen" gelangen keine Nachrichten an die Oeffentlichkeit, doch kann angenommen werden, daß es sich hierbei um Gastruppen handelt. Jede Infanterie-Kompagnie hat ihren eigenen Automobilpark erhalten, so daß sie keinerlei Fußmärsche zurückzulegen braucht.

Besonders große Aufmerksamkeit wird dem Ausbau einer starken Luftstreitmacht in Indien gewidmet. Die Bombengeschwader liegen größtenteils an der Nordwestgrenze, um den Angriff gegen die sowjetischen Oelfelder über Afghanistan und Persien hinweg eröffnen zu können. Obgleich der Flugzeugbau im Landesinnern durchgeführt werden kann, werden die Luftverkehrswege Englands mit Indien unaufhörlich verstärkt. Erst in diesen Tagen wird eine neue Linie von Basrah über Inseln des Persischen Golfes ohne Berührung des persischen Festlandes organisiert. Karachi wird zu einer großen Luft- und Flottenbasis ausgebaut, die nicht nur den Persischen Golf, Bagdad und Mossul beherrschen wird, sondern auch die Gesamtroute nach Nordwesten, mit Einschluß Afghanistans und Beludschistans.

Neue Wege der Pflanzenzüchtung

Die wissenschaftliche Pflanzenzüchtung hat in der letzten Zeit Leistungen hervorgebracht, die in der Oeffentlichkeit noch recht wenig bekannt sind, wie überhaupt der volkswirtschaftliche Wert systematischer Pflanzenzüchtung im allgemeinen eine ziemlich unzureichende Würdigung findet. Neuerdings hat man sich eingehender mit der simplen Kartoffel beschäftigt. Die Heimat der Kartoffel ist bekanntlich Südamerika.

Dort entwickelt sie bedeutend vorteilhaftere Eigenschaften als etwa in Deutschland, wo sie lange nicht so widerstandsfähig gegen Seuchen und nicht so unempfindlich gegen Kälte ist. Man hat nun versucht, die deutschen Kartoffeln durch Kreuzung mit ihren vornehmeren bolivianischen Verwandten zu veredeln. Dabei machte man die Entdeckung, daß die Eigenart der Pflanze nicht nur durch das Klima mitbestimmt wird, sondern daß auch das Licht einen wesentlichen Einfluß ausübt. Die deutschen Kartoffeln sind nämlich viel länger dem Tageslicht ausgesetzt als die bolivianischen. Man hat daher im Müncheberger Institut für Züchtungsforschung die Kartoffeln einer Art „Dunkelkammer-Behandlung" unterworfen, indem man sie von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens zudeckte. Die dabei erzielten Erfolge waren recht beachtlich.

Es besteht berechtigte Hoffnung, daß es durch diese und andere Methoden gelingen wird, seuchenfeste Kartoffelsorten zu züchten, eine Aufgabe, die um so dringlicher ist, als sich in letzter Zeit die Kraut- und Knollenfäule in Europa wieder sehr unangenehm bemerkbar macht.

Dachdecker abgestürzt

Köln, 31. August.

In der Salzgasse stürzten gestern ein Dachdeckermeister aus Köln und sein Gehilfe beim Teeren des Daches eines zweistöckigen Hauses auf die Straße. Die Feuerwehr brachte die Schwerverletzten ins Krankenhaus, wo sie kurze Zeit darauf gestorben sind.

Der Berliner Knabenmord vor der Aufklärung

Berlin, 31. August.

Das Verbrechen an dem 17jährigen Kurt Schöning, der am Sonntag, 21. August, im Walde bei Finkenkrug ermordet und grauenhaft verstümmelt aufgefunden wurde, scheint vor der Aufklärung zu stehen. Unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft wurde ein 26jähriger Hotelpage, der in einem Betriebe im Zentrum Berlins angestellt ist, verhaftet. Trotz hartnäckigen Leugnens wurde ihm nachgewiesen, daß er den Ermordeten kannte. Die Durchsuchung seiner Sachen ergab, daß er im Besitze zweier Rasiermesser war, die den Mordwerkzeugen völlig gleichen. Eine Hose, die ihm auffallenderweise zu einem Knickerbockeranzug fehlte, wurde in Stücke geschnitten in einem Versteck aufgefunden. Sowohl an diesen Fetzen wie an einem Paar Strümpfe wurden Blutspuren festgestellt. Auch decken sich seine Schriftzüge völlig mit dem an der Mordstelle auf Packpapier vorgefundenen Wort „Page". Obwohl der Verhaftete für den Mordtag, an dem er dienstfrei war, kein Alibi beibringen konnte, stritt er hartnäckig die Täterschaft ab. Die Verhöre dauern noch an.

Schweres Unwetter im Raurisertal

Salzburg, 30. August

Das bei Taxenbach in das Salzachtal einmündende Raurisertal wurde in der vergangenen Nacht von überaus heftigen Hochgewittern heimgesucht. Wolkenbrüche verwüsteten die Felder, Brücken wurden fortgeschwemmt, Straßen schwer beschädigt und der Verkehr unterbrochen. Ein sechs Monate alter Knabe wurde von den Fluten fortgerissen. Aus Salzburg sind Pioniere zur Hilfeleistung angefordert worden.

Gemeindevorsteher erschießt seine Frau und drei Kinder

Rybnik, 30. August.

In Krolowka, in der Nähe des Städtchens Sohrau, ereignete sich in den Morgenstunden des Sonnabend eine grauenhafte Bluttat. Der Gemeindevorsteher des Dorfes, der 60 Jahre alte Landwirt Johann Chmiel, erschoß nacheinander seine Frau, seinen 20 jährigen Sohn und seine 13 und 5 Jahre alten Töchter. Dann steckte er das Gehöft in Brand und jagte sich selbst eine Kugel in den Kopf, nachdem er sich auf den Boden seines Hauses begeben hatte, wohin er die Leichen seiner Angehörigen geschleppt hatte. Die Gründe zu der Tat sollen darin zu suchen sein, daß Chmiel seines Amtes als Gemeindevorsteher enthoben worden war, weil ein Mitglied der Gemeindevertretung gegen ihn Anzeige erstattet hatte, daß es in den Gemeindefinanzen Unregelmäßigkeiten gegeben habe.

Der Grubenbrand auf der Zeche Hansa eingedämmt

Dortmund, 30. August.

Auf der Zeche Hansa ist es jetzt gelungen, im Hauptquerschlag einen Damm zu errichten, so daß der Brand lokalisiert ist. Die Löscharbeiten gestalten sich sehr schwierig. Es ist unmöglich, daß die Belegschaft am Dienstag wieder einfahren kann.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

31) Ein deutscher Roman

Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

„Wir hatten gerade auf die verhafteten Heizer ein ‚Hoch' ausgebracht. Mit einemmal ist eine Kompanie vom Seebataillon da, die Seitengewehre aufgepflanzt, und die hauen gleich dazwischen.

„Nein, zwei Kompanien, von zwei Seiten kamen sie an."

„Wir mußten laufen, sonst hätten die noch geschossen!"

„Die Seebataillonier, diese verfluchten Sandhasen!"

„Die sollen sich erst mal Wind um die Nase wehen lassen!"

„Denen geht's noch zu gut, die haben noch nicht genug vom Krieg!"

„Aber morgen werden wir ja sehen!"

„Was ist denn morgen, auch eine Versammlung?"

„Ja, morgen, auf dem großen ‚Exer'! Hier sind die Zettel, hol doch mal vor, Schorsch!"

Schorsch holt einen Packen Flugblätter aus seinem Stiefel hervor, Bonczyk verteilt sie an den Tischen. Papendieck hält einen der kaum handgroßen Zettel dicht an die Lampe:

Kameraden!

Kommt morgen, Sonntag, 5½ Uhr, auf den Großen Exerzierplatz! Protestiert gegen die Verhaftung Eurer Kameraden vom III. Geschwader!

Alle müssen kommen! Kein Schiff darf fehlen!

Der Matrosenausschuß.

Schorsch steht auf einem Stuhl:

„So wie 1917 darf es nicht wieder kommen. Aber allein können wir nichts machen. Darum müssen wir morgen die Gelegenheit ausnutzen! Wir versammeln uns alle auf dem ‚Exer' und nachher marschieren wir nach der Feldstraße und holen unsere Kameraden aus dem Bunker raus!"

„Ach, die dumme Bande, die macht ja doch nicht mit!"

„Da ist doch kein Zusammenhalt!"

„Eben deswegen, — hier die Zettel, die nehmen wir mit an Bord und legen sie den anderen in die Hängematten rein! Und morgen stellen wir uns an die Spitze!"

„Einer muß den Anfang machen!"

„Kameraden, wenn wir den letzten Dampfer noch kriegen wollen, dann wird's aber jetzt Zeit!"

„Ja, wir kommen schon!"

Die Zettel werden verteilt, auch Papendieck steckt sich einen Packen ein. Dann zahlen sie und verlassen die Kneipe.

Eine halbe Stunde später legt der kleine Hafendampfer längsseits S. M. S. „Großer Kurfürst" an. Die zurückkommenden Urlauber steigen das Fallreep hoch, geben den obenstehenden Posten ihre Urlaubskarte ab und gehen nach vorn in die Kasematten. Papendieck, der von Wilhelmshaven kommt und einige Wochen nicht an Bord war, muß sich beim wachthabenden Offizier zurückmelden. Auf der Steuerbordschanze findet er ihn, den Oberleutnant Freiherrn von und zu Guteneck.

„Matrose Papendieck meldet sich an Bord zurück!"

„Wo kommen Sie denn her?"

„Aus Wilhelmshaven!"

Der Ton des Offiziers wird schärfer:

„Was haben Sie da gemacht?"

„Ich komme aus dem Arrest!"

Dem Freiherrn fällt der Tagesbefehl ein, der auf „die ernsten Geschehnisse der letzten Zeit in der Flotte" hinweist und von den Vorgesetzten ein „wohlwollendes, helfendes Eingehen auf alle Sorgen und Tagesnöte der Untergebenen" verlangt.

Und er fragt:

„Haben Sie Hunger?"

Papendieck starrt den Offizier an. Er begreift den Sinn der Frage nicht gleich, er glaubt, daß er zu einer unvorsichtigen Entgegnung verleitet werden soll. Er denkt auch an die Flugzettel, die er bei sich trägt, und schweigt.

„Na ja, seien Sie doch nicht so schwerfällig, nu sagen Sie schon, was Sie wünschen! Wollen Sie Butter und Wurst, oder wollen Sie lieber Speck haben?"

Papendieck zögert, dann antwortet er:

„Butter und Speck, Herr Oberleutnant!"

Der Oberleutnant schreibt ein Ticket aus:

„Da, gehen Sie damit zum Bottelier! Er soll Ihnen den Proviant sofort aushändigen!"

Papendieck schlägt die Hacken zusammen, macht eine strumme Kehrtwendung und geht nach mittschiffs in die Proviantlast hinunter. Er erhält trotz der späten Stunde noch Butter und ein Stück Speck.

Damit geht er in die Kasematte.

Die Hängematten sind schon ausgespannt. Eine Anzahl Matrosen sitzen noch darunter und unterhalten sich leise über die letzten Ereignisse an Land. Papendieck geht mit seinem Proviant unter die Lampe. Er riecht an dem Speck und kostet die Butter, dann schüttelt er langsam den Kopf: „Tatsächlich, der Speck ist in Ordnung und richtige gute Butter! Jetzt glaube ich wirklich, daß es ‚soweit' ist!"

Der nächste Tag ist ein Sonntag.

Mittags: „Beurlaubte, Musterung!"

Hafendampfer und Motorbarkassen, die vollbesetzte Boote hinter sich herschleppen, bringen die von den Schiffen Beurlaubten an Land.

Auf den Landungsbrücken dasselbe Bild wie immer.

Da stehen Mädchen und winken den näherkommenden Booten schon von weitem zu. Die Fahrzeuge legen an den Brücken an und machen fest. Truppweise springen die Matrosen an Land, — flatternde Mützenbänder, erste Garnitur, blau. Die Matrosen zählen nach Hunderten, die auf der Brücke wartenden Mädchen nur nach Dutzenden. Die wenigen, die eines der Mädchen begrüßen können, tun mächtig stolz gegenüber ihren Kameraden, die Bemerkungen hinter den Paaren her machen.

„Die Blonde da, die sieht vielleicht keß aus!"

„Fiete hat sich aber einen Feger angeschafft!"

„Und die mit dem Ali, — klein, aber oha!"

Bis der nächste Dampfer anlegt, neue zweihundert oder dreihundert Mann an Land setzt und das Bild sich wiederholt, sind die ersten schon in dem angrenzenden Stadtviertel verschwunden. Wie immer stehen Zigarettenhändler auf den Brücken herum. Heilsarmeeschwestern bieten den „Kriegsruf" an. Wie immer streifen Matrosenpatrouillen mit umgehängtem Gewehr im Gänsemarsch durch die Straßen des Hafenviertels. Nur werden sie nicht mehr so exakt wie früher von den Vorbeikommenden gegrüßt. Die Patrouillenführer halten auch niemand mehr wegen unmilitärischen Grüßens an. Sie sehen darüber hinweg, daß einzelne Matrosen nicht vorschriftsmäßig angezogen sind, daß sie ihre Mützen im Genick tragen oder die Hände in den Hosentaschen behalten. Und noch etwas ist anders als sonst, aber das scheint bedeutungslos und wird kaum bemerkt. Die Patrouillen werden nur noch von Deck- oder Unteroffizieren, keine mehr von einem Seeoffizier angeführt. Ueberhaupt ist in der Stadt, die sonst von Marineoffizieren wimmelt, an diesem Sonntag kaum einer zu sehen.

Bonczyk und Schorsch haben sich verabredet, gemeinsam an Land zu gehen. Aber Schorsch hat mit dem Dampfer nicht fahren können, weil er an Bord bleiben sollte und keine Urlaubskarte bekam. Etwas später hat er sich in eine Dampfpinasse eingeschmuggelt, die an Land fuhr, um einen Offizier von der Brücke abzuholen.

Auf der Brücke trifft er Bonczyk.

„Mensch, da bist du ja, Schorsch!"

„Ich habe keine Karte gekriegt, ich sollte an Bord bleiben! Aber die Pinasse hat mich mit rübergenommen! So, und jetzt machen wir einen kleinen Zug durch die Kneipen. Wir wollen mal sehen, was die Kulis heute machen, und nachher gehen wir in den ‚Reichspfennig'!" Der „Reichspfennig" ist das Verkehrslokal des III. Geschwaders, in dem die Mannschaften der zum Verband gehörenden Schiffe sich treffen.

Die beiden steigen die Treppe zum Düsternbrooker Weg hoch und schlagen die Richtung nach der inneren Stadt ein. Am Vereinshaus des Kaiserlichen Yachtklubs und einigen in vornehmer Abgeschlossenheit liegenden Villen kommen sie vorbei.

(Fortsetzung folgt.)

Freigewerkschafter, höchste Gefahr im Verzug.

„Querverbindung der Gewerkschaften mit der NSDAP“

Als noch vor ganz kurzer Zeit in der revolutionären Arbeiterpresse, besonders anläßlich der „gewerkschaftsfreundlichen“ Strasserrede im Reichstag und auch jetzt wieder bei dem Gerücht einer „Gewerkschaftsregierung“ auf verdächtige Querverbindungen von oberen Gewerkschaftsinstanzen mit führenden Kreisen der Hitlerpartei hingewiesen wurde, entrüstete sich die ganze SPD- und Gewerkschaftspresse über diese „Verleumdung“. Jetzt liegt ein offizielles Gewerkschaftsdokument vor, wonach es sich nicht um eine Verleumdung, sondern leider um eine Tatsache handelt.

Der „Korrespondent“, Organ des freigewerkschaftlichen Buchdruckerverbandes, behandelt in seiner Nummer 69 vom 27. August dieses Jahres in einem großen Leitartikel die „Gewerkschaftsforderungen an den Reichstag“. Hören wir, was da ausgeplaudert wird:

„Neuerdings munkelt man sogar von Bestrebungen oder „Querverbindungen“, die darauf abzielen sollen, Gewerkschaften, Sozialdemokraten und Kommunisten mit dem linken Flügel der Nationalsozialisten in einer antikapitalistischen Front zusammenpaktieren und sie auf parlamentarischem Weg zur Geltung und Wirkung kommen zu lassen.

Wir haben gar keine Ursache, solche Entwicklungsmöglichkeiten auf dem Gebiet politischer Mitbestimmung oder Geltendmachung ohne weiteres als verfehlt oder unsinnig zu bezeichnen (!!).

Es stecken vielmehr hinter solchen Gedanken gesunder Menschenverstand und echte Volksverbundenheit (!!). . . . Sollte an die Stelle der heutigen Reichsregierung eine Regierung treten, die, wenn auch weniger theoretisch als praktisch und vielleicht gar ohne parteipolitische Abhängigkeit, sich an die wichtigsten Lebens- und Kulturforderungen aller wirklich aufbauwillen Volksschichten gebunden fühlt, so würde es zeitgemäßen Grundsätzen nicht im geringsten widersprechen, wenn die freien Gewerkschaften darin weder ein Verbrechen gegen parteipolitische Disziplin sehen, noch einen Tolerierungsfirlefanz daraus machen würden. Sie könnten darin nur eine Frage oder ein Problem realpolitischer Zweckmäßigkeit erblicken.“

In dem Artikel wird dann die Wahrscheinlichkeit festgestellt, daß es zu keiner parlamentarischen Regierung kommt, sondern daß die „überparteiliche“, also die Papenregierung, bleibt. Zu einer solchen Lage schreibt der „Korrespondent“ weiter:

„Wir sehen nur die eine vernünftige Notwendigkeit, daß die politischen Vertreter der deutschen Arbeiterschaft sich ihrer einzigen und wichtigsten Aufgabe bewußt bleiben, sich nicht aus diplomatischen oder persönlichen Prestigegründen von jedem politischen Mitbestimmungsrecht ausschalten zu lassen. Und dazu dürfte zunächst die von der jetzigen Reichsregierung zu erwartende Programmerklärung reichlich Anlaß geben (!!). Sie wird wahrscheinlich in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung nicht völlig negativ sein; sie wird sich im Rahmen der bisher von ihr schon bekannt gewordenen formalen und beliebig dehnbaren „überparteilichen“ Ab- oder Ansichten halten, aber gerade dadurch genügend Anlaß zur kritischen Prüfung bieten.

Es ist nicht einzusehen, warum nicht trotz der zwar parteipolitisch gespaltenen, aber unter gewerkschaftlichen Gesichtspunkten zu zweckmäßiger Auseinandersetzung dennoch befähigten antikapitalistischen Front im neuen Reichstag nicht doch noch eine positive parlamentarische Entscheidung in aufbauendem Sinne möglich sein sollte.“

Es werden dann die sozialdemokratischen Anträge im Reichstag auf „Umwandlung der Wirtschaft“ angeführt und dazu erklärt:

„Es sind praktische Gegenwartsforderungen, die auf die deutschen Wirtschafts- und Kulturverhältnisse abgestimmt und durchführbar sind, wenn einer auch nur halbwegs überparteilichen Staatsgewalt dafür die Stütze der antikapitalistischen Front nicht versagt wird. Wir denken dabei in erster Linie an eine taktisch positivere Zusammenarbeit aller antikapitalistischen Kräfte im Reichstag, dem sich weder die Kommunisten noch die Nationalsozialisten auf die Dauer werden entziehen können.“

In ein richtiges Deutsch übersetzt heißt das nicht nur Tolerierung der Papenregierung, sondern

Zusammenarbeit der SPD und Gewerkschaftsspitzen mit der Hitlerpartei zur aktiven Stützung der „überparteilichen“ Papenregierung.

Daß es sich hier um eine Zusammenarbeit nur mit den Nazis handelt, ist klar, denn daß die KPD eine derartige Politik nie mitmachen wird und kann, ist dem Artikelschreiber im „Korrespondent“ selbstverständlich bekannt. Ja seine Wendung „Nationalsozialisten und Kommunisten“ ist nur eine Kaschierung des Zieles, einer Zusammenarbeit nur mit Nationalsozialisten.

Es ist nicht anzunehmen, daß ein derartiger offizieller nicht mit Namen gezeichneter Artikel in einem führenden freigewerkschaftlichen Blatt lediglich die Privatmeinung der Redaktion ist, sondern daß es sich hier um eine offizielle Stellungnahme führender Kreise der freien Gewerkschaften handelt.

Wir stellen hiermit die öffentliche Frage an die ADGB-Führung: Wie steht es damit? Deckt sie diesen Artikel?

Es ist nicht notwendig, ausführlich auf das Arbeiterverräterische dieser hier angestrebten Politik hinzuweisen. Wenn da von antikapitalistischer Stellung der Nationalsozialisten gesprochen wird, so heißt das die Nazidemagogie ernst zu nehmen und die freigewerkschaftlichen Arbeitermassen bewußt zu belügen. Muß man einen Gewerkschaftsführer noch auf die Tatsache hinweisen, daß die „antikapitalistischen“ Nazis vom Großkapital und den Hohenzollern mit Dutzenden von Millionen Mark ausgehalten werden, daß sie in ihrem „Antikapitalismus“ nur Arbeiter totschlagen, Gewerkschaftshäuser zerstören usw., aber noch keinem Kapitalisten auch nur ein Haar gekrümmt haben, ja daß sie in Parlamenten oder bei Streiks usw. stets die Interessen des Kapitals vertreten und gegen die Arbeiterinteressen auftraten?

Das alles weiß der „Korrespondent“ sehr genau. Wenn er und die hinter ihm stehenden Gewerkschaftsführer (auch der Afa-Vorsitzende Aufhäuser hat ähnliche Gedanken geäußert) trotzdem für eine Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten eintreten, so ist das nichts anderes als Uebergang zum Faschismus und damit schlimmster Arbeiterverrat.

Die freigewerkschaftlichen Arbeitermassen, ganz besonders die SPD- und „Eiserne-Front“-Arbeiter, können hier keine Stunde länger warten, wenn sie nicht, wie ihre italienischen Genossen eines schönen Tages im faschistischen Deutschland mit zerschlagenen Gewerkschaften aufwarten wollen. **Es gilt, diese Frage sofort in allen Gewerkschaftsversammlungen zu stellen, ganz eindeutige Stellungnahme zu erzwingen und alle zu derartigem Verrat neigenden Führer radikal zu beseitigen.**

Einheitliche Streikfront

von NSDAP- bis KPD-Arbeiter gegen Naziregierung

Oldenburg, 30. August.

Wie wir unter dem 24. August berichteten, wurde bei den Notstandsarbeiten an der Hunte der Streik beschlossen und eine Streikleitung von freien Gewerkschaften und RGO gebildet. Wir haben hinzuzufügen, daß auch die zirka 20 Mann starke Nazi-Arbeitergruppe dem Streik gleich beigetreten ist und der Streikleitungs-Vorsitzende ein SA-Mann ist. Unter dem Druck der Gummiknüppel als Antwort auf Ausbeutung und Hungerlöhne hat sich spontan

die Einheitsfront von NSDAP bis zur KPD

gebildet und trotz aller Schikanen und Schachzüge der Nazi-Regierung steht die Front seit gut einer Woche, unterstützt von Solidaritätssammlungen der Arbeiterschaft in den Betrieben, besonders erfolgreich in der GEG und der drei Arbeiterparteien, SAP, KPD und SPD. Unterstützt wird der Kampf namentlich auch von den kleinen Ladengeschäften, die erkannt haben, daß Hungerlöhne der Arbeiterschaft auch ihren Ruin bedeuten.

Der Röver-Naziregierung ist diese Einheitsfront sehr unbequem. Während die Betriebszellen-Organisation der NSDAP den Streik für berechtigt erklärte, 54 Pfg. als Hungerlohn bezeichnet und ihren Leuten Streikunterstützung zahlt, nimmt die Nazi-Parteileitung hierzu keine Stellung, sondern fordert die Verhaftung der kommunistischen Führer und Landtagsabgeordneten, da sie zum Streik „hetzten“. Die Naziregierung geht aber einen Schritt weiter, sie hat verordnet, daß wer Streikbrecher von der Arbeit abhält, mit Gefängnis bestraft wird. Weiter ist das Betreten des Huntedeiches als Baustelle auf Grund einer Verordnung aus dem Jahre 1868 verboten. Auch die zu letztem Mittwoch einberufene Streikversammlung wurde unter großem Polizeiaufgebot verhindert. Auf der heute zugelassenen Versammlung war den KPD-Führern unter Androhung sofortiger Verhaftung das Sprechen verboten. Es war vorgesehen u. a. eine Urabstimmung herbeizuführen, ob der Streik weiter fortgesetzt oder die Arbeit wieder aufgenommen werden sollte. Die anwesende Polizei verlangte, daß eine Abstimmung für jede Baustelle gesondert durchgeführt würde, da andernfalls die Versammlung nicht fortgeführt werden dürfe. Hierauf erklärten die streikenden Arbeiter den Streik weiterzuführen und verließen den Saal.

Hierauf läßt die Regierung erklären, daß sie den Auftrag zu den Notstandsarbeiten durch die Strombauverwaltung zurückzieht. So sieht die Arbeitsbeschaffung, so sieht die Lösung der sozialen Frage für die Nazi-Regierung aus.

Textil-Lohnverhandlungen in Sachsen gescheitert

Chemnitz, 30. August.

WTB. **Die Lohnverhandlungen in der westsächsischen Textilindustrie sind ergebnislos verlaufen, da die Arbeitervertreter eine Revision der Lohntarife ablehnten.**

Die Textilindustriellen verbreiten dazu durch die Telegraphenbüros eine ganz verlogene Darstellung. Sie behaupten darin, daß die Lohnsätze der sächsischen Textilarbeiter zum Teil bis 100% über denen von 1913 ständen und daß der sächsischen Textilindustrie der 15 prozentige Lohnabbau durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 nicht „zugute“ gekommen sei, denn es wären damals in der sächsischen Textilindustrie nur 2½% abgebaut worden.

Diese Angaben sind offener Schwindel zur Irreführung der Öffentlichkeit. Neben Widerlegung dieser Lügen ist jetzt selbstverständlich das Entscheidende, daß von der Gewerkschaft sofort entschlossene Kampfmaßnahmen vorbereitet und durchgeführt werden.

Für die Textilindustrie des Bezirks Düren-Euskirchen kam eine freie Vereinbarung zustande, wonach ab 1. September eine Lohnkürzung um 6 Prozent eintritt.

Wann wird endlich einmal mit dem Lohnabbau Schluß gemacht werden?

Die Frage des „Vorwärts“ am Schluß dieser Notiz ist nicht nur lächerlich, sondern auch dumm und demagogisch. Wir können ihm die Frage beantworten: Es gibt solange und immer weiteren Lohnabbau als nicht der Kampf der Arbeiterschaft dagegen mit den geeigneten Mitteln geführt wird. Mit anderen Worten: Solange die SPD- und Gewerkschaftsführung an ihrer sträflichen ungewerkschaftlich-parlamentarischen Politik festhält und den geschlossenen revolutionären Massenkampf des Proletariats hindert, wird das Kapital Löhne abbauen. Nur mit Aenderung dieser Taktik, und der Einsatz der ganzen Machtmittel der Gewerkschaften in entschlossenen politischen Machtkampf kann hier Aenderung schaffen.

Tarifbewegung im Versicherungs-Gewerbe

Berlin, 30. August.

CNB. Über die Verlängerung des Reichstarifvertrages für die Angestellten des deutschen Versicherungsgewerbes finden, wie der GDA mitteilt, am Donnerstag, den 15. September, Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband und den beteiligten Gewerkschaften statt.

Immer weiter Lohnabbau

Der „Vorwärts“ meldet:

Der Schlichtungsausschuß in Koblenz fällte für die mittelrheinische Metallindustrie einen Schiedsspruch, der für die verschiedenen Arbeiterkategorien einen Abbau um 2, 3 und 4 Pfg. bringt. —

Russische Bestellungen in Polen

Warschau, 28. August.

In dieser Woche wurde in Warschau ein Lieferungsvertrag unterzeichnet, in dem sich Polen verpflichtet, der Sowjetunion 33 Kohlenwaggons, 80 offene Güterwagen und vier kleine Lokomotiven in einem Gesamtwert von etwa zwei Millionen Zloty zu liefern. Es schweben ferner noch Verhandlungen über die Lieferung von 20 Großlokomotiven, die von der Firma Cegiinski in Posen gebaut werden sollen.

Weitere Verhandlungen zwischen Vertretern der polnischen Industrie und sowjetrussischen Stellen haben in Moskau stattgefunden. Diese Verhandlungen sind zu einem Abschluß gelangt, da die polnische Delegation, die aus einem Direktor der Landeswirtschaftsbank und zwei Fabrikdirektoren besteht, morgen Moskau verlassen werden und nach Warschau zurückkehren. Wie diese Verhandlungen verlaufen sind, ist noch nicht bekannt.

Generalstreik polnischer Erdölarbeiter

Warschau, 30. August.

WTB. Nachdem die Verhandlungen über eine Neuregelung des am 1. September ablaufenden Tarifvertrages in der polnischen Erdölindustrie gescheitert sind, rufen die Gewerkschaften zu einem Generalstreik in der gesamten Erdölindustrie auf, der in der Nacht vom Donnerstag auf Freitag beginnen soll.

Seeschiffahrtstreik in Holland

Rotterdam, 29. August.

Es scheint, als ob es bereits morgen zu einem großen Streik der holländischen Seeschiffahrt kommen wird. Auf ein bis heute nachmittag um 3 Uhr befristetes Ultimatum des Zentralbundes der Transportarbeiter und der Zentrale der Offiziere der Handelsflotte ist keine Antwort erteilt worden. Das Schiff „Nord-Holland“ der Steinkohlengesellschaft ist heute bereits unter englischer Flagge mit englischer Bemannung ausgelaufen.

•

Rotterdam, 30. August.

Die Organisationen der Seeleute und Schiffsoffiziere der Seeschiffahrt haben am Montag abend gemeinschaftlich beschlossen, die Anmusterung für die niederländischen Kauffahrteischiffe von Dienstag ab einzustellen. In einer vorherigen Versammlung hatten die Seeschiffahrtsoffiziere und Seeleute ein Ultimatum des Inhalts an die Arbeitgeber gestellt, daß diese keine ausländischen Schiffe mehr unter englischer Flagge ausfahren lassen, auch nicht gestatten, daß niederländische Besatzungen durch Asiaten ersetzt werden.

Streikbeschluß der Londoner Autobusangestellten

London, 30. August.

WTB. Die Autobusangestellten beschlossen heute, am 23. September in Streik zu treten. An diesem Tage soll mit ihren Gehaltskürzungen begonnen werden. In der Zwischenzeit können jedoch die Verhandlungen mit der Autobusgesellschaft fortgeführt werden.

Streik in SPD-Druckerei

Die Belegschaft der Druckerei des sozialdemokratischen „Volksfreund“ in Karlsruhe, Baden, ist in den Streik getreten. Anlaß zur Arbeitsniederlegung ist ein von der Geschäftsleitung diktatorisch verfügter Abbau der übertariflichen Löhne um 20 Prozent. Da die Volksfreunddruckerei der sozialdemokratischen Zeitungs-Konzentration angeschlossen ist, so ist der Lohnabbau wohl auf zentrale Anweisungen der „Konzentration“ zurückzuführen und es ist daher mit der Wahrscheinlichkeit eines ähnlichen Vorgehens in andern SPD-Druckereien zu rechnen.

Als Ersatz wird den badischen „Volksfreund“-Abonnenten die „Schwäbische Tagwacht“ aus Stuttgart geliefert. Es ist notwendig, daß die Stuttgarter Buchdrucker diese Streikbrucharbeit schleunigst unterbinden.

Es ist tief bedauerlich und ein Skandal, daß die Leitung der sozialdemokratischen „Konzentration“ genau wie die kapitalistischen Unternehmer vorgeht und so den Privatdruckereien das Signal für weiteren Abbau der Löhne gibt. Bei gutem Willen wäre zweifellos eine Verständigung mit dem Druckereipersonal möglich gewesen.

Fensterln kostet 1 Mark Strafe

In dem Gewerkschaftsblatt „Der Landarbeiter“ lesen wir:

Auf der Domäne L., zur Kreisgruppe Harz unseres Verbandes gehörend, sind an Stelle der früheren polnischen Arbeiter jetzt junge Mädchen aus Schlesien als Wanderarbeiterinnen eingestellt worden. Obwohl die Domänenverwaltung um die tarifliche Entlohnung der Mädchen weniger besorgt ist, scheint sie sich dafür aber um so mehr um die Verhinderung von Liebschaften bekümmern zu wollen, was durch folgenden Anschlag zur Kenntnis gebracht wurde:

„Um 10 Uhr abends wird das Licht gelöscht. Sämtliche Mädchen haben in der Kaserne zu sein. Wer länger ausbleiben will, muß vorher den Aufseher um Erlaubnis fragen. Wer nach 10 Uhr abends noch außerhalb der Kaserne angetroffen wird ohne Erlaubnis, wird für jeden Fall durch Lohnabzug von 0,50 Mk. bestraft. Der Aufseher ist verpflichtet, jeden Abend um 10 Uhr zu kontrollieren, ob alle Mädchen zu Hause sind.

Wer sich in der Nähe der Kaserne mit männlichen Personen aufhält oder mit solchen durch die Fenster verkehrt, wird für jeden Fall mit einem Lohnabzug von 1 Mk. bestraft.

Wird in einer Stube der Aufenthalt einer fremden Person festgestellt, die ohne Erlaubnis die Kaserne betreten hat, so werden die Mädchen der ganzen Stube mit 1 Mk. Lohnabzug für jeden Fall bestraft.

Die Liebe aber setzt sich bekanntlich über alle Schranken hinweg. So kam es, daß in der ersten Woche des Aushangs bereits Strafgelder in Höhe von 11 Mk. von den geringen Wochenlöhnen abgezogen wurden, so daß einige der Mädchen mit 3,97 Mk. Wochenlohn in der Hand über die Lieblosigkeit mancher Menschen nachdenken konnten. Wenn das so weitergeht, wird die Armenkasse in L. bald saniert sein.